

Carsten Rauch

Blockfreiheit ade?

Wandel und Konstanz der indischen
Außenpolitik seit der Unabhängigkeit

HSFK-Report 4/2008



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

Dieser Report ist im Rahmen des HSFK-Forschungsprojektes „Die Einhegung der Gewaltinstrumente: Transformation der Rüstungskontrolle“ entstanden, das vom Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ gefördert wird. Wir danken dem Exzellenzcluster für seine Unterstützung.

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: rauch@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-70-8

Euro 6,-

Zusammenfassung

1947 wurde das zuvor vom britischem Empire kolonialisierte Indien unabhängig, 1974 zündete es einen ersten nuklearen Sprengkopf – doch erst seit einigen Jahren wird das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung der Erde als potentielle zukünftige Weltmacht wahrgenommen.

Seit der wirtschaftlichen Öffnung im Jahr 1990 erreicht Indien jährlich fabelhafte Wachstumsquoten und erlebt einen Aufstieg, der nur noch von dem Chinas überboten wird. Angesichts dieser Tatsachen ist es von außerordentlicher Bedeutung, wie dieser asiatische Riese außenpolitisch mit seinem gewachsenen Gewicht umgehen wird.

Eine mögliche Antwort darauf wäre es, weiterhin auf die Konstanz indischer Außenpolitik zu setzen. Schließlich ist das Konzept der Blockfreiheit, das vom ersten indischen Premierminister Jawaharlal Nehru entwickelt wurde, in fast allen Grundsatzreden von Politikern jeglicher Couleur stets präsent und wird dort immer noch (wie schon in den vergangenen 60 Jahren) als zentraler Bezugspunkt indischer Außenpolitik verstanden.

Andererseits könnte man aber auch den Wandel betonen, den sich verschiebende Rahmenbedingungen fast zwangsläufig mit sich bringen mussten. Schließlich unterscheidet einiges das Indien von 2008 vom Indien um die Jahrtausendmitte oder dem Indien auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.

Innenpolitisch wäre das Ende der Dominanz der einstmalig unangefochtenen Kongresspartei zu nennen. Bis 1990 war diese fast durchgehend an der Regierung beteiligt oder stellte sie alleine. Mittlerweile ist diese Dominanz gebrochen: Mit der BJP ist national eine zweite Partei ähnlicher Stärke herangewachsen. Beide sind jedoch deutlich schwächer als die Kongresspartei in ihren Glanzzeiten und daher auf zahlreiche Koalitionspartner angewiesen. Zusätzlich sind die indischen Wähler kritischer geworden und haben seit 1989, mit einer Ausnahme, bei jeder nationalen Parlamentswahl die jeweilige Regierung in die Opposition geschickt. Ebenfalls in den Bereich der Innenpolitik fällt die Reform des ehemals geschlossenen und quasi-sozialistischen Wirtschaftssystems. Sie brach erfolgreich mit alten Dogmen, und ist mittlerweile als parteiübergreifender Konsens durch keinen Regierungswechsel mehr gefährdet. Außenpolitisch hat vor allem das Ende des Kalten Krieges die Rahmenbedingungen indischer Außenpolitik komplett durcheinandergebracht: Die Sowjetunion, guter Freund und seit 1972 Quasi-Bündnispartner, existierte plötzlich nicht mehr, auf der anderen Seite entfielen einige Kooperationshemmnisse, die zuvor die Beziehungen zu den USA deutlich erschwert hatten.

Einige Beobachter leiten daraus die Diagnose, im Report *Blockfreiheit-Ade-These* genannt, ab, Indien habe sich nach dem Ende des Kalten Krieges – unter dem Eindruck einer neoliberalisierten Wirtschaft und unter dem Druck der Supermacht USA – vom einstmalig gepflegten Ideal einer blockfreien, moralischen und auf friedliche Kooperation ausgelegten Außenpolitik (zu) weit entfernt.

Die Ergebnisse dieses Reports indes legen eine andere Sichtweise nahe. Eine Analyse der indischen Außenpolitik seit 1947 in den Themenfeldern der Welt- und der Regionalpolitik liefert die folgenden Ergebnisse:

1. Es ist sinnvoll, in diesem Zeitraum drei Phasen der indischen Außenpolitik voneinander zu unterscheiden (1947-1965, 1966-1989 und 1990-heute). Diese sind zwar keineswegs in sich vollständig homogen, unterscheiden sich aber voneinander deutlich bezüglich der relevanten handelnden Akteure, der innen- und außenpolitischen Kontexte und dem tatsächlichen außenpolitischen Output.
2. In keiner dieser drei Phasen lässt sich eine ungetrübte Einhaltung der Prinzipien der Blockfreiheit konstatieren. Nicht erst nach dem Ende des Kalten Krieges, wie es die *Blockfreiheit-Ade-These* nahe legt, sondern bereits unter Indira Gandhi und sogar schon unter Jawaharlal Nehru lassen sich zahlreiche Abweichungen von diesem Ideal feststellen.
3. Übergeordnetes Ziel in allen drei Phasen war (und ist) es, die indische Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit zu wahren, die indischen Einflussmöglichkeiten zu maximieren und, ganz allgemein gesagt, Indien zu einem *Global Player* zu machen, dessen Wort Gehör findet bei der Gestaltung der Weltordnung.
4. Solange Indien außerordentlich schwach war, sah man in Neu-Delhi die Blockfreiheit und das Engagement im Rahmen der Blockfreienbewegung als ein ideales Vehikel um diesen Zielen näher zu kommen. Je stärker aber Indien wird, desto mehr verliert ein Engagement in dieser Richtung an Attraktivität.
5. Eine weitere Umorientierung Indiens, etwa eine engere Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China, kann daher für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, wenn die indische Führung den Eindruck hat, damit den skizzierten Interessen näher kommen zu können.
6. Die mittlerweile feste Verankerung der Demokratie im indischen Wertesystem und die Beseitigung früherer Kooperationshemmnisse lassen dennoch die Hoffnung aufkommen, dass die indische Hinwendung zum Westen von längerer Dauer sein wird.

Im Gegensatz zu den USA, die das Ende des Kalten Krieges genutzt haben, um ihre Beziehungen zu Indien auf eine völlig neue Basis zu stellen, haben Deutschland und die EU diese Entwicklung bisher weitgehend verschlafen. Das könnte sich als fataler Fehler erweisen, wenn Indien Mitte dieses Jahrtausends China als bevölkerungsreichstes Land der Erde überholt und vielleicht nicht viel später auch wirtschaftlich, politisch und militärisch endgültig in die Klasse der Weltmächte aufsteigt.

Inhalt

1.	Problemaufriss	1
2.	Blockfreiheit	2
3.	Phasen indischer Außenpolitik seit der Unabhängigkeit	5
3.1	Phase I: Indiens Außenpolitik nach der Unabhängigkeit (1947-1965)	6
3.2	Phase II: Die „Blockfreiheit“ der Indira Gandhi (1966-1989)	7
3.3	Phase III: Nach dem Kalten Krieg: Triumph des Pragmatismus (seit 1990)	9
4.	Indien und die Blockfreiheit im regionalen und weltpolitischen Umfeld	9
4.1	Indische Regionalpolitik	11
4.1.1	Indien und Pakistan	11
4.1.2	Indien und die kleinen Nachbarn	13
4.1.3	Zwischenfazit Regionalpolitik	18
4.2	Indien und die Weltmächte – Indien im Kontext der Weltpolitik	19
4.2.1	Indien, die Blockfreien und China	20
4.2.2	Die USA und die Sowjetunion	22
4.2.3	Atomkraft Indien	29
4.2.4	Zwischenfazit Weltpolitik	30
5.	Fazit – Der konstante Weg nach oben	32
6.	Literatur	36

1. Problemaufriss¹

Blockfreiheit (Nonalignment) galt für einen langen Zeitraum als unveränderliches Grundprinzip der indischen Außenpolitik. Das große Vermächtnis des Staatsgründers Jawaharlal Nehru wurde (und wird) von seinen Nachfolgern immer wieder in Festreden gefeiert und gepriesen (vgl. Press Trust of India 2007, Cherian 2006b). Seit dem Ende des Kalten Krieges, kam jedoch die Vermutung auf, Neu-Delhi würde sich mehr und mehr von seiner traditionellen Außenpolitik entfernen (vgl. Mohan 2003: 31-38). Als Gründe dafür werden zum einen die zwangsläufige Irrelevanz einer Organisation der Blockfreien in einer Welt ohne Militärböcke genannt (vgl. Thakur 1992: 180), zum anderen aber auch ein aus machtpolitischen Erwägungen vorgenommene Neuorientierung, die Indien näher an die verbliebene Supermacht USA heranrücken lässt.

Nicht zu bestreiten ist, dass vor allem der Output der Außenpolitik Indiens im Jahr 2008 sich deutlich unterscheidet von demjenigen aus dem Jahr 1974 (auf dem Höhepunkt von Indira Gandhis Regierungszeit) oder 1947 (unmittelbar nach der Unabhängigkeit). Die Beanstandungen der Kritiker der „neuen“ indischen Außenpolitik gehen aber über diese empirischen Beobachtungen deutlich hinaus.² Ihnen zufolge hat sich ein *Paradigmenwechsel* (Bidwai 2006b) vollzogen, der sich nicht nur durch andere Ergebnisse, sondern auch und vor allem durch einen Verrat an den einstmaligen Normen und Prinzipien der indischen Außenpolitik, namentlich der Blockfreiheit, auszeichnet.

Im Mittelpunkt dieses Reports soll die Frage stehen, inwiefern diese *Blockfreiheit-These* der Kritiker der kontemporären indischen Außenpolitik zutrifft, um damit zu klären, ob sich ein genuiner Wandel in der indischen Außenpolitik feststellen lässt. Meine Gegenthese lautet, dass es sich dabei eher um Symptome einer Anpassungsstrategie zur Erreichung *gleichbleibender* Ziele innerhalb einer sich ändernden Umwelt handelt.³

1 Für hilfreiche Kommentare und Anmerkungen bedanke ich mich bei: Matthias Dembinski, Thorsten Gromes, Susanne Fischer, Giorgio Franceschini, Katja Freistein, Andreas Haidvogel, Philipp Langer, Harald Müller, Annette Schaper, Andreas Schmidt, Niklas Schörnig und Carmen Wunderlich.

2 Vgl. Cherian (2004, 2006a, 2007), Bidwai (2005, 2006a, 2006b, 2006c), Koshy (2006).

3 Dabei darf nicht übersehen werden, dass Indien als parlamentarische Demokratie mit Presse- und Meinungsfreiheit keineswegs über eine völlig homogene außenpolitische Denktradition verfügt. Selbst in autokratischen Regimen wird des öfteren über „Tauben“ und „Falken“, „Moderate“ und „Radikale“, „moderne“ und „traditionalistische“ oder „US-freundliche“ und „US-feindliche“ Strömungen im außenpolitischen Establishment unterschieden. In demokratisch verfassten Gesellschaften werden solche Strömungen zudem noch öffentlich und kontrovers diskutiert und existieren nicht nur in den Hinterzimmern von Parteizentralen oder Ministerien. So wie etwa in den USA mindestens zwischen einer isolationistischen und einer interventionistischen Tradition der Außenpolitik unterschieden werden muss (Rudolf 1999, Bierling 2004) und so wie Hellmann (1996) für die Bundesrepublik insgesamt mindestens 4 relevante außenpolitische Denkrichtungen identifiziert, so ist ebenfalls selbstverständlich, dass Indien nicht als monolithischer Block oder „black box“ (miss-)verstanden werden darf. Stephen Cohen (2001: 37-50) weist diesbezüglich auf die Existenz von fünf klar von einander unterscheidbaren außenpolitischen Schulen innerhalb Indiens hin. Diese benennt er als klassische und militante Nehruvianer, Gandhianer, Hindu-Realisten und Hindu-Nationalisten (vgl. die ähnliche, aber nicht identische Einteilung von „Traditionen

Um die dafür notwendige Untersuchung durchzuführen, ist es allerdings zunächst einmal wichtig, einige grundsätzliche Klärungen vorzunehmen. Dazu gehört: Was waren (sind) zentrale Bestandteile der indischen Außenpolitik? Was ist Blockfreiheit? Ist Blockfreiheit als Konzept identisch mit der sich als „blockfrei“ definierenden indischen Außenpolitik oder den Prinzipien der Bewegung der Blockfreien? Diese „enge“ Fragestellung nach der Übereinstimmung der tatsächlichen indischen Außenpolitik mit den Prinzipien der Blockfreiheit wird ergänzt und komplettiert durch die „breitere“ Frage nach Wandel und Kontinuität in der indischen Außenpolitik.

Das Vorgehen wird dabei in folgenden Schritten erfolgen: In Kapitel 2 wird erörtert, was unter Blockfreiheit oder blockfreier Außenpolitik verstanden werden soll. Kapitel 3 soll dem Leser daraufhin einige Orientierungspunkte liefern über die potentiellen Bestimmungsfaktoren indischer Außenpolitik. Für drei unterscheidbare Phasen seit 1947 werden dort zentrale Akteure, innen- und außenpolitische Kontexte sowie die jeweiligen indischen Strategien für den Umgang mit außenpolitischen Problemen kurz vorgestellt. In Kapitel 4, dem Kernstück des Reports, wird die indische Außenpolitik seit 1947 in zwei Themenblöcken (Regionalpolitik und Weltpolitik) diskutiert und am Anspruch der Blockfreiheit gemessen. Im Fazit schließlich wird bilanziert und werden Lehren und Politikempfehlungen aus dem zuvor Diskutierten gezogen.

2. Blockfreiheit

Traditionell und (zumindest rhetorisch) offiziell verstand sich die indische Außenpolitik stets als der sogenannten Blockfreienbewegung und den Normen und Prinzipien der Blockfreiheit verpflichtet.

Was aber bedeutet Blockfreiheit in Theorie und Praxis? Eine frühe Formulierung des „Gedankens“ der Blockfreiheit findet sich bei Jawaharlal Nehru bereits vor der Erlangung

strategischen Denkens“ in Indien bei Mitra 2002). Dabei darf aber die schiere Existenz verschiedener Denkschulen keinesfalls als automatischer Beleg für das Vorhandensein einer wechselhaften Außenpolitik begriffen werden. Denn zum einen liegt es in einer demokratisch verfassten Gesellschaft am Wähler, ob er über mehrere Jahre (oder Jahrzehnte) kontinuierlich dieselben Konzepte unterstützt oder neuen Ideen zur Macht verhilft. Und zum anderen – darauf weist die Theorie des Realismus in den Internationalen Beziehungen hin – ist es durchaus denkbar, dass einmal ins Amt gewählte Politiker ihre eigentlich präferierten außenpolitischen Strategien letztendlich den strukturellen Zwängen des internationalen Systems opfern müssen. Trotzdem zeigt bereits die Existenz einer Debatte über die Ziele der eigenen Außenpolitik (insbesondere dann, wenn nicht eine Sichtweise total dominierend ist), dass eine holzschnittartige Betrachtung außenpolitischer Strategiewandel wenig hilfreich ist. So macht Mohan (2003: 34f) auch darauf aufmerksam, dass es entgegen der weitverbreiteten Annahme niemals einen kompletten Konsens innerhalb Indiens über die Politik der Blockfreiheit gegeben hat. Sowohl die politische Linke als auch die politische Rechte übten oft starke Kritik an diesem außenpolitischen Konzept, welches seine langjährige Prominenz wohl zu großen Teilen der ebenfalls langjährigen Regierungszeit der Kongresspartei verdankte. Dies gilt es im Hinterkopf zu behalten, wenn im Folgenden von „der“ indischen Außenpolitik die Rede ist und gefragt wird wie „die“ indische Außenpolitik sich mit den Prinzipien der Blockfreiheit vereinbaren lässt.

von Indiens Unabhängigkeit: „Bei seinem Eintritt in die ‚Provisorische Regierung‘ im September 1946 erklärte Nehru mit Entschlossenheit, dass sich Indien in bestmöglicher Distanzierung zu jeder politischen Gruppierung von Blöcken begeben werde, die gegeneinander gerichtet seien und in Vergangenheit wie in Zukunft zu Weltkatastrophen führten, bzw. darauf gerichtet seien, dies weiterhin zu tun“ (Sinigoj 1998: 25/26, vgl. auch Mohan 2003: 30ff).

Die Blockfreienbewegung, auf englisch „Non-aligned Movement“ (kurz NAM), ist nach der UNO die internationale Organisation mit den meisten Mitgliedern. Sie vertritt etwa 55% der Weltbevölkerung und ihre Mitgliedstaaten halten nahezu zwei Drittel der Sitze in der UN-Generalversammlung.

Der erste Schritt auf dem Weg zur Etablierung dieser Organisation war 1955 die Konferenz von Bandung in Indonesien, auf der 29 Staaten aus Afrika (6) und Asien (23) vertreten waren. Dort wurde vor allem über Themen wie Kolonialismus, Rassendiskriminierung, allgemeine Abrüstung und ein Verbot von Nuklearwaffen diskutiert (vgl. Baumann 1982: 6-11). Im Rahmen dieser Konferenz stellten der indische und der chinesische Premierminister ihr Konzept der friedlichen Koexistenz vor, welches (zumindest offiziell) sowohl die indische als auch die blockfreie Außenpolitik anleiten sollte. Sechs Jahre nach dieser Konferenz wurde 1961 in Belgrad die Bewegung der blockfreien Staaten als Organisation aus der Taufe gehoben (vgl. ebd. 11-27). Die führenden und prägenden Mitglieder waren Jawaharlal Nehru aus Indien, Präsident Nasser aus Ägypten und der jugoslawische Staatschef Tito, der zwar einem kommunistischen System vorsah, sich aber mit Stalin überworfen hatte.⁴ In den folgenden Jahren und Jahrzehnten sollte die regulär alle drei Jahre stattfindende Gipfelkonferenz der Blockfreien Staaten stets ein bevorzugtes Forum der indischen Außenpolitik darstellen.

Gründungsmitglieder der NAM waren 25 Staaten⁵, heute hat die Bewegung 118 Mitglieder, ist aber in ihrer Bedeutung zurückgefallen. Ein entscheidender Grund dafür ist das Ende des Kalten Krieges und damit der Blockkonfrontation, womit der Bewegung ihre wichtigste Existenzberechtigung abhanden kam.⁶ Weiterhin ist die ständige Ausweitung der Mitgliederzahl zu nennen, die es immer schwerer machte, Ergebnisse im Konsens zu treffen. Man darf diesbezüglich nicht vergessen, dass die NAM programmatisch und ideologisch weit weniger kohärent ist als etwa NATO und Warschauer Pakt. Sozialis-

4 Die Teilnahme Jugoslawiens änderte nichts daran, dass die Blockfreien-Bewegung in erster Linie eine Bewegung von Staaten aus der südlichen Hemisphäre war und ist.

5 Ägypten, Äthiopien, Afghanistan, Algerien (provisorische Regierung), Burma, Ceylon, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Jemen, Jugoslawien, Kambodscha, Kongo, Kuba, Libanon, Mali, Marokko, Nepal, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Tunesien, die Vereinigte Arabische Republik (Ägypten und Syrien) und Zypern.

6 Wobei, wie sich im Folgenden zeigen wird, die Absage an den Blockkonflikt vielleicht die prominenteste, aber keineswegs die einzige wichtige Zielsetzung blockfreier Staaten sein sollte, und damit nicht alle Prinzipien der Blockfreiheit durch das Ende des Kalten Krieges obsolet geworden sind.

tische Staaten koexistieren innerhalb der NAM mit kapitalistischen Staaten und Demokratien mit Autokratien (Pörtner 1997: 13-17).⁷

Im Folgenden wird eine Untersuchung oder Darstellung der inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung der Blockfreienbewegung oder anderer prominenter Mitgliedstaaten unterbleiben.⁸ Hier sollen vielmehr die (ursprünglichen) Prinzipien der Blockfreienbewegung als Blaupause dafür genutzt werden, um eine Beurteilung darüber abgeben zu können, inwiefern Indien dem lang gehegten Anspruch, eine blockfreie Außenpolitik zu betreiben, gerecht wurde.⁹

Was aber galt, zumindest in den Augen der Initiatoren selbst, als „blockfrei“? Im Vorfeld der ersten Gipfelkonferenz wurden fünf Voraussetzungen formuliert, die ein Land, das teilnehmen wollte, erfüllen musste:¹⁰

1. Das Land soll eine unabhängige, auf der Koexistenz von Staaten und auf Nichtpaktgebundenheit begründete Politik betreiben oder eine Tendenz zur Durchführung einer solchen Politik aufzeigen.
2. Das Land soll dauerhaft die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen.
3. Das Land darf nicht Mitglied eines multilateralen militärischen Bündnisses im Kontext des Konflikts zwischen den Großmächten sein.
4. Falls das Land ein bilaterales militärisches Bündnis mit einer Großmacht geschlossen hat, darf dieses Bündnis nicht im Kontext des Konflikts der Großmächte geschlossen sein.
5. Falls das Land einer fremden Macht die Benutzung von militärischen Stützpunkten gewährt hat, darf diese Konzession nicht in den Kontext des Konflikts zwischen den Großmächten einbezogen sein.

7 Sinigoj (1998: 3-4) macht allerdings deutlich, dass diese ideologische Heterogenität nicht erst mit der Ausweitung der Mitgliedstaaten zustande kam, sondern die Bewegung schon von Beginn an von Nationen bevölkert wurde, „die starken ideologischen Schwankungen unterworfen waren“.

8 Hierzu siehe Baumann (1982), Pörtner (1997) und Mohan (2003: 38-48). Eine Klarstellung ist dennoch wichtig: Die Frage, die in diesem Report an Indien gerichtet wird, könnte mit gleicher Berechtigung auch an viele andere „blockfreie“ Staaten gerichtet werden und selbst die Blockfreienbewegung an sich könnte man fragen, inwiefern sie in den späteren Jahren noch das vertrat, was von der Gründergeneration als „blockfrei“ verstanden wurde.

9 Mohan (2003: 29) weist darüber hinaus darauf hin, dass „[a]n important distinction must be made between India's foreign policy of non-alignment and the Non-Aligned Movement (NAM). Although the two ideas are related, non-alignment was the defined foreign policy orientation of India from the first days of Independence. The NAM came much later, towards the end of the Nehru years, and developed a dynamic of its own. Although India was one of the founding members of the NAM and its presumed leader, the movement and its politics did not always merge completely with India's own articulation of its national interests. The NAM often complemented India's pursuit of its international objectives but never fully supplanted non-alignment“.

10 Vgl. Baumann (1982: 3-4).

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielten die sogenannten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz,¹¹ auch Panch Sheela genannt, die von Jawaharlal Nehru und Tscho En Lai entwickelt worden waren:¹²

1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität,
2. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten,
3. Gleichberechtigung und gegenseitige Unterstützung,
4. Friedliche Koexistenz,
5. Verzicht auf jegliche Angriffshandlungen.

Um die Aufgabe, die indische Außenpolitik an den Grundgedanken der Blockfreiheit zu messen, etwas übersichtlicher zu gestalten, werden diese insgesamt zehn Voraussetzungen und Prinzipien in drei allgemeinere Axiome zusammengefasst:

- I. Blockfreiheit bedeutet, sich NICHT in den Konflikt der Großmächte einbinden zu lassen (Voraussetzungen: 1-5).
- II. Blockfreiheit bedeutet die Anerkennung aller Staaten als gleichberechtigt und daraus folgend die Ablehnung jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten (Voraussetzung: 1; Prinzipien: 1-3).¹³
- III. Blockfreiheit bedeutet, grundsätzlich eine friedliche Außenpolitik zu betreiben (Voraussetzung: 1; Prinzipien: 1, 4 und 5).

3. Phasen indischer Außenpolitik seit der Unabhängigkeit

Wie bereits in der Einleitung festgestellt wurde (und wie auch in Kapitel 4 gezeigt wird), haben sich in den 60 Jahren der Unabhängigkeit durchaus einige Veränderungen in der manifesten Ausprägung der indischen Außenpolitik ergeben. Ohne diese im Einzelnen erklären zu wollen, soll das folgende Kapitel dazu dienen, Varianzen in jenen Bereichen

11 Vgl. Baumann (1982:9). Siehe auch Sinigoj (1998: 38f), die die Verwandtschaft der fünf Prinzipien mit Elementen der Charta der Vereinten Nationen herausstellt.

12 Diese fünf Prinzipien wurden nicht explizit für die Blockfreienbewegung aufgestellt. Vielmehr entstanden sie 1953 in bilateralen Verhandlungen zwischen der Volksrepublik China und Indien und wurden auch in einen Vertrag zwischen beiden Staaten im folgenden Jahr aufgenommen. 1955 wurden sie auf der Konferenz von Bandung (an der auch China teilnahm) erneut bestärkt. Die Blockfreienbewegung identifizierte sich dann später auch mit den fünf Prinzipien, ebenso wie die (nicht der NAM angehörige) Volksrepublik China, die ihnen 1982 sogar Verfassungsrang verlieh.

13 Voraussetzung 2, die blockfreie Staaten zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen verpflichtet, steht hiermit in gewissem Widerspruch. Man kann allerdings argumentieren, dass diese Verpflichtung nur gegenüber kolonialisierten Staaten gilt. Sobald ein Staat unter Selbstverwaltung steht, ist jegliche Einmischung von außen abzulehnen.

aufzuzeigen, die gemeinhin als potentielle Bestimmungsfaktoren von staatlicher Außenpolitik angesehen werden.¹⁴

Im indischen Fall lassen sich drei Phasen identifizieren, die bezüglich dieser Ebenen in sich relativ homogen sind. Untereinander unterscheiden sich diese Phasen¹⁵ jedoch sowohl in den entscheidenden zentralen Akteuren an den Schaltstellen der indischen Außenpolitik als auch im innen- und außenpolitischen Kontext, in den sie eingebettet waren. Dementsprechend zeigen/zeigten auch die indischen Strategien zum Umgang mit außenpolitischen Problemen und die Handlungsweisen deutliche Schwankungen.

3.1 Phase I: Indiens Außenpolitik nach der Unabhängigkeit (1947-1965)

Die erste Phase der indischen Außenpolitik dauerte von der Unabhängigkeit im Jahr 1947 bis zum Ende des zweiten indisch-pakistanischen Krieges 1965. Indiens erster Premierminister Jawaharlal Nehru war in diesem Zeitraum die entscheidende politische Figur. Als innenpolitischen Kontext kann man die Unabhängigkeit und die ersten Jahre in Selbstständigkeit sehen und als außenpolitischen Kontext den beginnenden Kalten Krieg und die Aufteilung großer Teile der Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende Machtblöcke.

In dieser Phase verfolgte Indien zunächst eine eher idealistische Außenpolitik. Frieden, Antirassismus, internationale Zusammenarbeit und Abrüstung sollten, nach den Vorstellungen Nehrus, im Mittelpunkt stehen. Natürlich sollte Indien eine wichtige Rolle in der neu entstehenden Weltordnung einnehmen, daran bestand überhaupt kein Zweifel (vgl. Sinigoj 1998: 24). Aber der zynischen Machtpolitik, wie man sie aus Europa kannte, und die zu zwei Weltkriegen innerhalb einer Generation führte, wollte man eine deutliche Absage erteilen (vgl. Nehru 1949: 232). Stattdessen sollte ein friedlicher Ausgleich und Dialog unterschiedliche Interessen miteinander vereinen.

Der Pakistan-Kaschmir-Konflikt sorgte aber dafür, dass sich Indien entgegen der Wünsche seiner Staatsgründer schon früh mit der Militärpolitik befassen musste. Dies änderte aber nichts an den grundsätzlichen Einstellungen von Jawaharlal Nehru: Sein Ziel blieb, Indien als Groß- oder Weltmacht zu etablieren. Aber dies sollte nicht durch Krieg

14 Seit Kenneth Waltz (1954) sie eingeführt hat, hat es sich eingebürgert die Analyseebenen der *Entscheidungsträger*, des *gesellschaftlichen Systems*, in das diese eingebettet sind, und des *internationalen Umfelds* voneinander zu unterscheiden.

15 Vgl. die Einteilung von Wagner (2005c), der ebenfalls drei grobe Phasen der indischen Außenpolitik identifiziert, die den hier vorgestellten sehr ähnlich sind: Die Nehru-Periode (gekennzeichnet von einem Mix aus soft power- und hard power-Elementen in der indischen Außenpolitik), die Periode der Indira-Doktrin (Dominanz von hard power-Elementen) und der Periode der Gujral-Doktrin (Dominanz von soft power-Elementen). Allerdings beschäftigt sich Wagner in seinem Aufsatz nur mit Indiens Regionalpolitik, während die hier vorgestellten Phasen für die Außenpolitik im Allgemeinen gelten sollen.

und Zwang geschehen, sondern durch internationale Zusammenarbeit und die „unwiderstehliche“ indische Zivilisation und Kultur (vgl. Sinigoj 1998: 26/27).¹⁶

Dementsprechend träumte Nehru von einer multipolaren kooperativen Weltordnung, in der verschiedene wichtige Mächte (darunter natürlich auch Indien) friedlich zum Wohle aller Staaten zusammenarbeiten würden. Vor allem war ihm dabei wichtig, dass im Rahmen einer solchen Weltordnung auch die bisher unterdrückten und kaum gehörten Völker von Afrika und Asien eine Stimme bekämen und am Fortschritt partizipieren könnten.

Um dieses Ziel zu erreichen, ersann er die Politik der Blockfreiheit, die es Indien ermöglichen sollte, gute Beziehungen zu beiden Blöcken zu halten, ohne selbst in den Kalten Krieg hineingezogen zu werden. Allerdings fiel es bereits dem Vater dieser Politik schwer, sie in der reinen Form durchzuhalten. So neigte schon Nehru im Zweifel der Sowjetunion zu, und selbst Nehru war bereit, im eigenen, indischen, Einflussbereich andere Maßstäbe anzulegen.

3.2 Phase II: Die „Blockfreiheit“ der Indira Gandhi (1966-1989)

1964 starb Jawaharlal Nehru und nach einer kurzen Übergangszeit übernahm seine Tochter Indira Gandhi¹⁷ das Amt des Premierministers. Sie und später ihr Sohn und Nachfolger als Regierungschef Rajiv Gandhi waren die prägenden Akteure der zweiten Phase der indischen Außenpolitik, die von 1966 bis 1989 andauerte. Ebenfalls in diesen Zeitraum fällt die Phase der Janata-Regierung (1977-1980). Diese Multiparteien-Koalition, die von den Hindunationalisten bis zu den Kommunisten reichte, war eine Reaktion auf den autoritären Regierungsstil Indira Gandhis, der von 1975 bis 1977 in die Ausrufung des Ausnahmezustands mündete. Doch schon 1979 zerbrach die ursprüngliche Koalition und die Rumpfregierung war fortan auf die Unterstützung der Kongresspartei angewiesen, die 1980 (mitsamt Indira Gandhi) auch wieder offiziell die Regierung übernahm. In dieser kurzen Zeit wurden, abgesehen von einigen Ansätzen, keine neuen Akzente in der Außenpolitik gesetzt.¹⁸ Daher halte ich es für gerechtfertigt, die Phase von 1966-1989 als insgesamt maßgeblich von Indira Gandhi geprägt zu betrachten.

16 Siehe auch Walker (1996: 65/66), der zwar schreibt, dass „[i]n the years just before and after India achieved its independence, Jawaharlal Nehru and other political leaders enunciated a vision of an international society that would be just and egalitarian, and in which social progress and international harmony would be achieved through non-violent and democratic means“, wenig später aber zugleich fortfährt „[a]s many observers of India have noted, this political philosophy coexisted with an opposite trait. Wherever India's own status was in question, it refused to be content with equality and was keen to assert its superiority“.

17 Nehrus Tochter stand in keinerlei Verwandtschaftsverhältnis zu ihrem Namensvetter Mahatma Gandhi. Sie verdankt ihren Nachnamen der Heirat mit dem indischen Politiker und Journalisten Feroze Gandhi.

18 Im Gegenteil, der neue Premierminister Desai verteidigte in einem Spiegel-Interview sogar den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von Indira Gandhi (vgl. Der SPIEGEL 1977). Auch Mohan (2003: 35) schreibt, dass die Janata Partei zwar ursprünglich die enge Bindung an die Sowjetunion zurücknehmen wollte, doch „[o]nce in power, the Janata Party recognized that the strategic necessity of a close relationship with the Soviet Union, and the then-foreign minister, Vajpayee, did little to disrupt the ties with Moscow“.

Schaubild: Die drei Phasen der indischen Außenpolitik

Phase I: 1947-1965	
<i>Bestimmende Persönlichkeit:</i>	Jawaharlal Nehru
<i>Innenpolitischer Kontext:</i>	Neugewonnene Unabhängigkeit; Aufbau der Demokratie; sozialistisches Entwicklungsmodell
<i>Außenpolitischer Kontext:</i>	Beginnende Bipolarität und Kalter Krieg
<i>Wichtige Ereignisse:</i>	1. Indisch-Pakistanischer Krieg (1947); Gründung der Blockfreienbewegung (1961); Krieg mit China (1962); 2. Indisch-Pakistanischer Krieg (1965)
<i>Indische Strategie:</i>	Regionale Machtkonsolidierung; Transzendierung des Kalten Krieges durch Blockfreiheit
Phase II: 1966-1989	
<i>Bestimmende Persönlichkeit:</i>	Indira Gandhi (+Rajiv Gandhi)
<i>Innenpolitischer Kontext:</i>	Dominanz der Kongresspartei
<i>Außenpolitischer Kontext:</i>	Kalter Krieg und Seitenwechsel Chinas
<i>Wichtige Ereignisse:</i>	3. Indisch-Pakistanischer Krieg (1971); „friedliche Kernexplosion“ (1974), Interventionen auf den Malediven und Sri Lanka
<i>Indische Strategie:</i>	Regionale Dominanzpolitik; Annäherung an die Sowjetunion
Phase III: Seit 1990	
<i>Bestimmende Persönlichkeit:</i>	Verschiedene
<i>Innenpolitischer Kontext:</i>	Zwang zu Koalitionsregierungen; Liberalisierung der Wirtschaft
<i>Außenpolitischer Kontext:</i>	Ende des Kalten Krieges; US-Unipolarität; Aufstieg Chinas
<i>Wichtige Ereignisse:</i>	Atomwaffentests (1998); Kargil-Krieg mit Pakistan (1999); Terroranschläge auf das indische Parlament (2001)
<i>Indische Strategie:</i>	Neue Nachbarschaftspolitik; strategische Partnerschaft mit den USA; zunehmende Integration in das regionale und internationale System

Quelle: Eigene Darstellung

Innenpolitischer Kontext in dieser Phase war die Dominanz der Kongresspartei und ein zunehmend autoritärer Regierungsstil Indira Gandhis. Der wichtigste außenpolitischer Kontext betraf einige Veränderungen im Kalten Krieg. Die USA rüsteten Pakistan militärisch und moralisch auf und machten Indiens Erzfeind zu einem ihrer Hauptverbündeten (gegen die Sowjetunion). Gleichzeitig kam es zum ideologischen und machtpolitischen Bruch zwischen Peking und Moskau und darauffolgend zu einer Annäherung der Volksrepublik China und der USA.

In dieser Phase trat eine erste Wende der indischen Außenpolitik ein, die man sowohl auf persönliche als auch auf strukturelle Gründe zurückführen kann. Indira Gandhi setzte deutlicher als zuvor auf die Sowjetunion als wichtigsten internationalen Partner (und entfernte sich damit noch weiter von den USA), und sie vertrat deutlicher als zuvor eine Politik der regionalen Dominanz, die eine Hegemonie Indiens in Südasien zum Ziel hatte (vgl. Rothermund 2003).

3.3 Phase III: Nach dem Kalten Krieg: Triumph des Pragmatismus (seit 1990)

Die zweite Phase der indischen Außenpolitik endete gegen Ende der 80er Jahre, als zwei Ereignisse stattfanden, die sich für die Zukunft der indischen Außenpolitik als sehr bedeutsam erweisen sollten. Zum einen gab es einen außenpolitischen Umbruch. Das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der Sowjetunion veränderten das außenpolitische Umfeld Indiens deutlich. Zum anderen kam es aber fast gleichzeitig zu einem innenpolitischen Umbruch. Dieser beinhaltete das (vorläufige) Ende der 37jährigen Herrschaft der *Nehru-Gandhi-Dynastie* und damit verbunden den Abstieg der bis dahin dauerhaft regierenden Kongresspartei, die damit bis 1989 nur 5 Jahre NICHT an der Regierungsspitze stand, sowie die Reform des Wirtschaftssystems.¹⁹ Einzelne Persönlichkeiten, die – ähnlich Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi – der gesamten Phase ihren Stempel aufdrücken konnten²⁰, finden sich hier nicht mehr. Das liegt unter anderem daran, dass sich seit 1989 keine Regierung für mehr als eine Legislaturperiode (5 Jahre) an der Macht halten konnte. Entsprechend viele Politiker durften sich an den wichtigsten Schaltzentralen der (Außen-)Politik versuchen. Diese Phase dauert bis heute an und ist vor allem mit einer Neujustierung sowohl der globalen als auch der regionalen Stellung Indiens verbunden.

Global rückte Neu-Delhi sehr viel näher an die Seite Washingtons. Dies wurde dadurch erleichtert, dass viele einstmals trennende Faktoren wegfielen (Kalter Krieg, quasi-sozialistisches Wirtschaftssystem Indiens) oder relativiert wurden (US-Allianz mit Pakistan). Regional erkannten die indischen Regierungen (verschiedener parteipolitischer Couleur) in dieser Phase, dass sie mit ihrer oftmals schroffen Dominanzpolitik nur das Gegenteil von dem erreichten, was eigentlich ihr Ziel war und gaben sich daher (sehr erfolgreich) mehr als wohlwollender Hegemon.

4. Indien und die Blockfreiheit im regionalen und weltpolitischen Umfeld

Das Verhalten Indiens im regionalen und weltpolitischen Umfeld ist von besonderer Bedeutung für das Verständnis indischer Außenpolitik. In diesem Abschnitt wird untersucht, inwieweit sich jeweils eine Übereinstimmung oder eine Abweichung von den Prinzipien der Blockfreiheit feststellen lässt.

19 Vgl. zu den Wirtschaftsreformen Müller/Rauch (2008), Das (2006), Thakur (2006) sowie Wagner (2001) und zu den politischen Umwälzungen Betz (2006), Wagner (2001, 2006a und 2007) und Müller (2006: 156-165).

20 Die hier vorgenommene starke Personalisierung der indischen Außenpolitik mag – gerade in einer Demokratie – etwas verwundern, aber wie Wagner (2005d: 90/91) feststellt, blieb der außenpolitische Entscheidungsprozess in Indien lange Zeit im „Wesentlichen „Chefsache“.

Damit soll aber keineswegs gesagt werden, dass hiermit alle Facetten der indischen Außenpolitik erschöpfend abgedeckt und behandelt wären.²¹ Allerdings verbieten es der Umfang und die Form eines Reports alle diese Themen mit der gleichen Sorgfalt zu behandeln. Daher habe ich mich für eine Konzentration auf zwei Themenblöcke entschieden.

Wichtiger noch sind allerdings die inhaltlichen Gründe, die Indiens Nachbarschaftspolitik (Kapitel 4.1) zum einen und Indiens Stellung in der Weltpolitik (Kapitel 4.2) zum anderen als besonders zentral für die Beantwortung der in diesem Report aufgeworfenen Fragestellungen erscheinen lassen. Um die Übereinstimmung von Indiens Außenpolitik mit den Prinzipien der Blockfreiheit zu klären, ist es unerlässlich, Indiens Position gegenüber den Großmächten zu untersuchen, in deren Großmächte-Konflikt es sich nicht einbinden lassen sollte. Und um die Einhaltung des Nichteinmischungsgebots und des grundsätzlichen Gebots, eine friedliche Außenpolitik zu betreiben, zu analysieren, muss man sich Indiens Politik gegenüber jenen Staaten anschauen, die in seinem unmittelbaren Einflussbereich liegen, und die dementsprechend potentielle Rezipienten indischer Ambitionen sein könnten.

Und auch bezüglich der breiteren Fragestellung nach Wandel und/oder Kontinuität in der indischen Außenpolitik bieten sich die Beziehungen zu den Großmächten (hier wird von einigen Beobachtern in den engeren Beziehungen zu den USA der große Bruch gesehen) und zu den kleineren Staaten in der Nachbarschaft im Besonderen an.

Da das Ziel dieses Reports eine Auseinandersetzung mit der *Blockfreiheit-These* ist, wird dabei analytisch das Hauptaugenmerk auf etwaige Abweichungen von den Leitlinien der Blockfreiheit, wie sie in Kapitel 2 zusammengefasst wurden, gelegt. Denn, um es noch einmal in Erinnerung zu rufen, Bestandteil dieser These ist es, dass **nach** dem Ende des Kalten Krieges eine verhängnisvolle Bewegung weg von den Prinzipien der Blockfreiheit aufgetreten sei. **Vor** diesem Zeitpunkt sollten sich dagegen keine oder doch zumindest sehr viel weniger Fälle aufzeigen lassen, in denen sich die indische Politik abweichend verhält. War dagegen Blockfreiheit stets mehr eine Strategie zur Erreichung eines bestimmten Zieles als ein absoluter Wert an sich, würde es nicht überraschen, auch vor 1990 immer wieder Abweichungen von den Prinzipien zu finden, und zwar vor allem dann, wenn die Blockfreiheit und die Ziele, die damit erreicht werden sollen, in Widerspruch geraten.²²

21 Einiges ließe sich noch sagen über die Politik Indiens gegenüber seinem sogenannten zweiten Ring, das heißt den Nachbarregionen Südostasiens, Zentralasien, den Nahe Osten und Afrika (vgl. Müller 2006: Kapitel 8). Ebenso könnte man über die indisch-europäischen Beziehungen (oder den Mangel daran) sprechen (vgl. Ihlau 2006, Wagner 2005a). Und auch das indische Streben nach einem Platz im UN-Sicherheitsrat könnte diskutiert werden (vgl. Bourantonis 2005: 9 und 58).

22 Aus dieser Vorgehensweise ergibt sich des weiteren, dass im Folgenden darauf verzichtet wird, systematisch nach Handlungen zu suchen, die eine Übereinstimmung der indischen Außenpolitik mit den Prinzipien der Blockfreiheit aufzeigen. Zum einen handelt es sich dabei definitionsgemäß teilweise um „non-events“ (Nicht-Einmischung, nicht-kriegerische Außenpolitik, Nicht-Einbindung in den Konflikt der Blöcke etc.), die naturgemäß schwer nachzuweisen sind. Zum anderen geht es bei der Fragestellung dieses Reports nicht um eine Aufrechnung, in der etwa fünf Abweichungen von der Blockfreiheit durch fünf Übereinstimmungen ausgeglichen werden.

4.1 Indische Regionalpolitik

Indische Regionalpolitik soll in diesem Zusammenhang als Nachbarschaftspolitik verstanden werden, das heißt der Umgang Indiens mit seinen kleineren und schwächeren Nachbarn in Südasien.²³ Das sind insbesondere Pakistan, Nepal, Bhutan, Bangladesh, Sri Lanka und Burma.²⁴ Dabei muss innerhalb dieser Gruppe unterschieden werden zwischen Pakistan, das sich selbst stets auf Augenhöhe mit Indien betrachtete, eine indische Vorherrschaft auf dem Subkontinent nie zu akzeptieren bereit war und auch nicht davor zurückschreckte, sich militärisch mit Neu-Delhi anzulegen, auf der einen Seite. Und zwischen den anderen sehr viel kleineren und schwächeren Nachbarn Indiens, die keinerlei Möglichkeit hatten, mit diesem in Konkurrenz zu treten.

4.1.1 Indien und Pakistan

Während der britischen Kolonialisierung war der Indische Nationalkongress (INC)²⁵ nicht die einzige politische Bewegung, die sich gegen die Fremdherrschaft aussprach. Eine andere wichtige Gruppierung war die Moslem-Liga, die von Ali Jinnah geleitet wurde.²⁶ Der INC wünschte, dass die gesamte englisch Kolonie als neuer Staat „Indien“ in die Unabhängigkeit entlassen würde. Auf der anderen Seite fürchtete die Moslem-Liga, dass in diesem Fall die Muslime dauerhaft von der Hindu-Mehrheit unterdrückt würden und verlangte die Teilung des Subkontinents und die Schaffung des Staates Pakistan, der als Heimstatt für die indischen Moslems dienen sollte.²⁷

Nach längeren Verhandlungen und gegen die Proteste des INC ließen sich die Briten schließlich darauf ein, und am 14. bzw. 15. August 1947 wurden die Staaten Indien und Pakistan in die Unabhängigkeit entlassen. Da aber auch die entstehenden Gebiete keineswegs völlig homogen waren, kam es in der Folge zu blutigen Massenvertreibungen (die

23 Dementsprechend werden die indisch-chinesischen Beziehungen erst im nachfolgenden Block „Indien in der Weltpolitik“ diskutiert.

24 Indiens Übermacht gegenüber diesen Staaten ist unübersehbar und lässt sich auch in Zahlen darstellen. Indien selbst repräsentiert deutlich mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung und der Wirtschaftskraft Südasiens und fast zwei Drittel des Exporthandels (vgl. Wagner 2005c: 1).

25 Der Indische Nationalkongress (INC), auch als Kongresspartei bekannt, wurde 1885 als säkulare indische Unabhängigkeitsbewegung gegründet. Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi waren im Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien wichtige Führungsfiguren des INC. Nach der Unabhängigkeit im Jahre 1945 war der INC für die nächsten 5 Jahrzehnte – trotz mehrerer Spaltungen – die dominierende politische Partei in Indien und führte bis 1989 jede Regierung. Personell bis heute sehr stark mit der Nehru-Gandhi Familie verbunden, vertritt der INC offiziell vor allem die Interessen der unteren Bevölkerungsschichten, wenngleich die Parteiführung nach wie vor von Privilegierten dominiert wird (vgl. Wagner 2006a: 116-125).

26 Wie der Name schon sagt, setzte sie sich vor allem für die Belange der indischen Moslems ein. Dementsprechend entwickelte sie die sogenannte Zwei-Nationen-Theorie, die besagte, dass auf dem indischen Territorium zwei Nationen, die Hindus und die Moslems, existierten. Der INC dagegen war – zumindest von seinem Anspruch her – überkonfessionell, auch wenn er in der Realität von Hindus dominiert wurde.

27 Auf Persisch und Urdu bedeutet der Name Pakistan „Land der Reinen“.

meisten Hindus wurden aus Pakistan vertrieben oder flüchteten, und viele Moslems fielen in Indien Vertreibungsaktionen zum Opfer) mit mehr als 10 Millionen Vertreibungsoffern und bis zu 1 Million Toten (vgl. Mann 2007, Müller 2006: 37). Das legte den Grundstein für eine Feindschaft, die bis heute noch nicht überwunden ist, und die bis 1999 zu insgesamt vier Kriegen zwischen den beiden Staaten führte.

Obwohl Großbritannien den größten Teil Indiens besetzte und quasi direkt regierte, gab es noch zahllose kleine Fürstentümer, die London zwar als Oberherrschaft anerkannten, formal aber unabhängig geblieben waren. Nach der Teilung des Subkontinents sollten sich diese Kleinstaaten entscheiden, ob sie weiterhin unabhängig bleiben oder sich Indien oder Pakistan anschließen würden. Die meisten Fälle wurden einigermaßen friedlich gelöst.

Zwei Problemfälle waren die Fürstentümer Junagadh und Hyderabad. Diese waren mehrheitlich von Hindus bewohnt, unterstanden aber einem muslimischen Herrscherhaus. Junagadhs Fürst wollte sich Pakistan anschließen, woraufhin eine Rebellion der Hindu-Bevölkerung einsetzte, die Indien im Dezember 1947 zum Anlass nahm, militärisch zu intervenieren. Nach dem Abschluss der Militäroperation wurde eine Volksabstimmung durchgeführt, die den Anschluss an Indien legitimierte. Der Nizam von Hyderabad entschied sich nach einem anfänglichen Flirt mit Pakistan für die Unabhängigkeit seines Staates. Seine Herrschaft stützte er auf militante muslimische Milizen, die brutal gegen Hindus (und andere Regimegegner) vorgingen. Im September 1948 machte die indische Armee diesem Treiben ein Ende (Operation Polo) und erzwang den Anschluss an Indien. In der Folgezeit kam es zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Muslime (vgl. Müller 2006: 37/38).

Die größten Probleme aber bereitete Kaschmir.²⁸ In Kaschmir, das strategisch wichtig nicht nur zwischen Indien und Pakistan, sondern auch noch an der Grenze zu China liegt, herrschte ein hinduistischer Fürst – Maharaja Hari Singh – über eine überwiegend moslemische Bevölkerung. Dieser war sich der schwierigen Lage, in der sich sein Land befand, bewusst und wollte zunächst eine Festlegung vermeiden. Dann aber entschloss sich Pakistan, eine Stammesrevolte im westlichen Teil des Landes auszunutzen, um militärisch gegen Kaschmir vorzugehen und es sich einzuverleiben. Der kaschmirische Herrscher bat daraufhin Indien um Hilfe. Neu-Delhi war bereit sie zu gewähren; allerdings verlangte es dafür einen Preis.

Und dieser Preis war der Beitritt der Provinz zu Indien. In seiner Not war Hari Singh bereit, diesen Preis zu bezahlen und unterzeichnete das Beitrittsdokument. Indien schickte daraufhin seine Truppen und der erste indisch-pakistanische Krieg entbrannte. Freilich konnte sich keine der beiden Seiten entscheidend durchsetzen und so wurde Kaschmir faktisch (eine völkerrechtlich verbindliche Regelung steht immer noch aus) geteilt, was es bis zum heutigen Tage noch ist.²⁹ In der Folgezeit kam es noch zu drei weiteren Kriegen

28 Zum Folgenden vgl. Ganguly (2004: 116-119), Cohen (2001: 211-217), Ganguly (2008).

29 Zwei UNO-Resolutionen, die noch während des ersten Kaschmirkrieges verabschiedet wurden, riefen zum einen Pakistan auf, seine Aggression zu beenden, verlangten aber im Gegenzug von Indien ein Refe-

(1965, 1971 und 1999). Diese werden im Weltpolitik-Block behandelt, da sie – stärker als der erste Krieg – im Kontext der internationalen Geschehnisse standen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden sollten.

Der grundsätzliche Konflikt jedoch ist auch heute noch nicht gelöst. Im Gegenteil: „Der Kaschmirkonflikt hat die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan lange geprägt und teilweise zur Nuklearisierung des Subkontinents beigetragen“ (Ganguly 2008:33). Und auch unterhalb der Kriegsschwelle gerieten Neu-Delhi und Pakistan in den letzten 20 Jahren (1987, 1990 und 2001/2002) immer wieder an den Rand eines Krieges: 1987 ging es um ein Militärmanöver Indiens, das von Pakistan als Vorbereitung eines indischen Angriffs gedeutet wurde (Pakistan hatte zuvor massiv die aufständischen Sikhs in Indien unterstützt). 1990 ging es erneut um Kaschmir und eine Revolte im indischen Teil, in die Pakistan verwickelt war. Am 13. Dezember 2001 schließlich kam es zu einem Terroranschlag auf das indische Parlament. Die durchführenden Terroristen gehörten zu der Gruppe Jaish-e-Mohammed, die von Pakistan zwar nicht eindeutig und offiziell unterstützt wurde, aber von pakistanischem Gebiet aus operierte. In allen drei Fällen war es das Eingreifen der USA (in der ersten Krise auch der Sowjetunion), das letztlich zur friedlichen Beilegung führte. 2001/2002 mag auch die gegenseitige atomare Abschreckung dämpfend auf die Konfliktparteien eingewirkt haben (vgl. Ganguly 2008: 34-37).

Zwar begann 2003 ein – *composite dialogue* genannter – Friedensprozess, in dessen Rahmen mehrere vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart wurden, aber noch immer sitzt das Misstrauen auf beiden Seiten tief (vgl. Huntington 2006, Wagner 2004, Wagner 2005b).

4.1.2 Indien und die kleinen Nachbarn

Gegenüber seinen deutlich kleineren und schwächeren Nachbarn vertrat Indien, ganz im Gegensatz zu seiner allgegenwärtigen Kritik an der klassischen Machtpolitik, lange Zeit eine Politik, die sich zunehmend an den Prinzipien der harten Realpolitik orientiert.

Die Wurzeln einer solchen Politik lagen bei Jawaharlal Nehru selbst. Auf globaler Ebene sprach er von der Gleichberechtigung der Mächte und versuchte damit, dem objektiv schwächeren Indien eine starke Stimme zu geben. Ganz anders ging Indien allerdings mit seinen (schwächeren) Nachbarn um. So schreibt Cohen (2001: 87/88) nicht zu Unrecht: „For Nepal, Bangladesh, Sri Lanka, and Bhutan, India is a superpower, and Indian officials expect these states to be suitably deferential.“

rendum in Kaschmir abhalten zu lassen, welches klären sollte, welchem Staat es sich letztendlich anschließen würde. Indien verlangte daraufhin, dass Pakistan VOR dem Referendum erst alle seine Truppen zurückziehen müsse. Pakistan dagegen beharrte darauf, VOR einem Truppenrückzug müsse das Referendum stattfinden (vgl. Ganguly 2004: 116/117).

Schon früh schloss man Verträge mit ihnen, aber das waren keine Verträge unter Gleichen, sondern asymmetrische Vereinbarungen, die Indiens kleine Nachbarn zwingen, sich stark am großen Bruder zu orientieren.³⁰

So wurde zum Beispiel Nepal gezwungen „nur über Indien Handel zu treiben und nur mit indischer Zustimmung Waffen zu beziehen. Nepal durfte keine Ausländer beschäftigen, die indische Sicherheitsinteressen gefährden könnten, und Neu-Delhi erhielt den ersten Zugriff, wenn Katmandu Entwicklungsprojekte ausschrieb. Außerdem durfte Indien nach dem Vorbild der britischen Kolonialherren die kampfstarken Gurkhas als Elite-truppe für die indische Armee rekrutieren“ (Müller 2006: 221). Weiterhin mussten die meisten kleinen Nachbarn einwilligen, sich außenpolitisch von Indien vertreten zu lassen (vgl. Cohen 2001: 130).

Auch bei dem letzten verbliebenen Relikt der Kolonialzeit auf indischem Boden – der portugiesischen Kolonie Goa – war Nehru wenig zimperlich und wenig friedlich. Nachdem die portugiesische Regierung Forderungen nach einer Rückgabe Goas an die Indische Republik mehrfach abgelehnt hatte, marschierten indische Truppen im Dezember 1961 ein, besiegten die Portugiesen nach kurzem Kampf und machten der 450 Jahre andauernden Kolonialisierung ein Ende. Eine Aktion, die sich schwerlich in Einklang bringen ließ mit den mantrahaften Beschwörungen einer friedlichen Außenpolitik.³¹ Wurde damit schon Nehru (zumindest in den Augen seiner Kritiker) als „Machtpolitiker im Moralpelz“ entlarvt, so steigerte sich das hegemoniale Gebaren Indiens in der Regierungszeit seiner Tochter, Indira Gandhi, die nach seinem Tod und einem kurzen Intermezzo neue Premierministerin wurde, noch deutlich. Denn verleibte sich ihr Vater mit Goa noch ein Gebiet ein, das zwar unter europäischer Herrschaft stand, aber unzweifelhaft historischer Teil Indiens war, so annektierte Indira Gandhi 1975 den Himalayastaat Sikkim. Dieser war zuvor 300 Jahre lang ein selbstständiges Königreich gewesen und hatte sich in einer Volksabstimmung 1947 gegen den Beitritt zu Indien entschlossen.

Auch der Druck gegenüber Nepal und Bhutan wurde in der zweiten Phase nochmals deutlich verstärkt. So wurde etwa Nepal (1988), als es wagte eine Änderung der ungleichen Verträge mit Indien zu fordern, mit einer ersatzlosen Streichung ebendieser Verträge und darüber hinaus mit einem Handelsembargo bestraft. Dabei war das Land – eben wegen jener Verträge – vollständig vom Handel mit Indien abhängig. Imperialismus auf indische Art verstärkte damit die innenpolitischen Gegensätze im Nachbarland und gab dem bereits tobenden Bürgerkrieg weiteres Feuer (vgl. Müller 2006: 221).

30 Wagner (2005c: 9) bezeichnet diese Verträge zurecht als „diplomatic hard power strategy“.

31 Der damalige US-Präsident John F. Kennedy brachte die Desillusionierung mit der indischen Politik auf den Punkt, als er dem indischen Botschafter bezüglich Goas mitteilte: „[Y]ou spent the last 15 years preaching morality to us, and then you go ahead and act the way any normal country would behave [...] the preacher has been caught coming out of the brothel“ (Kux 1993: 198). Allerdings lässt sich die indische Aktion durchaus in Einklang bringen mit der blockfreien Verpflichtung, stets nationale Befreiungsbewegungen zu unterstützen, da sie sich eindeutig gegen ein Gebiet richtete, das nicht unter Selbstverwaltung stand.

Bangladesch wurde nach seiner Unabhängigkeit ebenfalls eng an Indien gebunden, nachdem eine Annexion des ehemaligen Ost-Pakistan aus verschiedenen Gründen verworfen wurde (vgl. Sisson/Rose 1990). Nur wenige Monate nach Indiens Militärintervention, die zu Bangladeschs Unabhängigkeit führte, wurden verschiedene Verträge und Abkommen unterzeichnet, die sehr stark an die Unterwerfungsverträge mit Nepal und Bhutan erinnerten. Auch in seiner Wirtschafts- (*mixed economy*) und Außenpolitik (Ausbau der Beziehungen zur Sowjetunion) lehnte sich Dhaka sehr stark an Neu-Delhi an (vgl. Wagner 2005c: 6).

Diese regionale Dominanzpolitik gipfelte in der *Indira-Doktrin* (1983). Sie besagte, dass die Nachbarn bei der Lösung interner Konflikte nur um die Hilfe Indiens, nicht aber die raumfremder Mächte, ersuchen durften (vgl. Cohen 2001: 137ff, Wagner 2005c: 3). Mit ihr sollten alle anderen Mächte aus der Region herausgehalten werden.

Im Rahmen dieser Doktrin wurden in den 80er Jahren unter Premierminister Rajiv Gandhi zwei Interventionen durchgeführt, Aktionen also, die eine Abkehr vom absoluten Einmischungsverbot der Blockfreiheit darstellen.

Diese waren von sehr unterschiedlichem Erfolg. Auf den Malediven gelang es Indien 1988 ohne große Probleme einen Staatsstreich niederzuschlagen (vgl. Müller 2006: 226). Auf Sri Lanka dagegen, wo indische Truppen ab 1987 den Bürgerkrieg befrieden sollten, erlebte Indien „sein“ Vietnam und musste 1990 schließlich abziehen, ohne eines seiner Ziele erreicht zu haben (vgl. Wagner 2005c: 8). Schlimmer noch: Rajiv Gandhi fiel im Nachklang dieser Intervention einem Attentat von tamilischen Extremisten zum Opfer.

Allerdings verstieß Indien gegenüber Sri Lanka nicht erst mit dem Eingreifen zur Beendigung des Bürgerkriegs gegen das blockfreie Einmischungsverbot.³² Denn einige Jahre bevor indische Truppen die Streitparteien auseinanderhalten sollten, war Indien in nicht geringem Maße daran beteiligt, eine der Streitparteien, die tamilischen Separatisten, aus- und aufzurüsten (vgl. Cohen 2001: 145, Wagner 2005c: 7).³³

Es kann also festgehalten werden, dass Indien entgegen aller Beteuerungen, nichts lieber zu wollen als eine gleichberechtigte Weltordnung, in der die Machtpolitik alter Prägung keine Rolle mehr spielte, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft auf genau diese Machtpolitik setzte. Und zwar sowohl unter dem „Erfinder“ der Blockfreiheit selbst, Jawaharlal Nehru, als auch unter seiner Tochter und deren Sohn.³⁴

32 Da das indische Eingreifen letztendlich von der Regierung in Colombo erbeten wurde, könnte man auch grundsätzlich in Frage stellen, ob die 1987er Intervention überhaupt dem Einmischungsverbot widersprach. Allerdings weist Müller (2006: 225) darauf hin, dass diese „Einladung“ Sri Lankas erst auf deutlichen indischen Druck zustande kam.

33 Hintergrund dieser Unterstützung war die Abhängigkeit der Kongresspartei von der politischen Unterstützung durch tamilische Parteien im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu (vgl. Cohen 2001: 148f).

34 Wagner (2005c: 8) stellt insbesondere für den späteren Abschnitt und in Bezug auf Sri Lanka fest: „The interval between 1983 and 1990/91 can clearly be identified as a period when India used hard power strategies to enforce a political solution in the neighbouring country. Nearly the whole spectrum of regional hegemony could be identified from diplomatic threats to military intervention.“ Ich würde dies un-

Gegen Ende der 80er Jahre war aber mehr als deutlich geworden, dass dies nicht den indischen Einfluss mehrte. Die großangelegte Intervention auf Sri Lanka schaffte es nicht, den dortigen Bürgerkrieg zu beenden, sondern sorgte im Gegenteil für ein Überschwappen desselben auf den indischen Subkontinent. Und Indiens kleine Nachbarn, Nepal, Bhutan und Bangladesch³⁵ fühlten sich zunehmend von Indien unterdrückt und taten das für sie Naheliegende – sie suchten die Nähe Chinas als Gegengewicht (vgl. Müller 2006: 220f.). Dabei war dies genau das, was Indien ursprünglich vermeiden wollte. Kurzum: Die indische Nachbarschaftspolitik war ein Fiasko.³⁶

In dieser Situation entschied sich Indien nach 1989, das Ruder entschlossen herumzureißen und (ähnlich wie in der Wirtschaftspolitik) eine komplette Neujustierung vorzunehmen. Diese ist verbunden mit dem Namen des damaligen Außenministers Inder Kumar Gujral, dessen *Gujral-Doktrin* fast das Gegenteil von dem vertrat, was man zuvor als *Indira-Doktrin* kannte.

Indien sollte, so sah es diese Doktrin vor, nicht mehr als finsterner Dominator, sondern als wohlwollender Hegemon auftreten.³⁷ Natürlich war es auch ein Ziel dieser Strategie, externe Einflüsse zu begrenzen und Indiens Einfluss und Macht zu mehren (vgl. Mohan 2006). Aber sie setzte sich dennoch deutlich von den rigiden Mitteln der letzten 40 Jahre ab. Indien erkannte zudem an, dass ein Hegemon bei der Bereitstellung öffentlicher Güter überproportional Kosten tragen muss. Die Forderung, die Nachbarn müssten für indische Vorleistungen und Zugeständnisse stets gleichwertige Gegenleistungen erbringen, wurde dementsprechend aufgegeben (vgl. Wagner 2005c: 3, Gujral 1998).

Nur wenige konkrete Beispiele dieser neuen Nachbarschaftspolitik sollen hier genannt werden: Indien erlaubte die Vermittlungsdienste dritter Staaten (wie Norwegen, Großbri-

terstützen, aber hinzufügen, dass dies eine Tendenz war, die (fast) alle indischen Nachbarn betraf und (mit ansteigender Intensität) seit der Ausrufung der indischen Unabhängigkeit bis in die 90er Jahre hinein eine große Rolle spielte.

35 In Bangladesch begann diese Entfremdung bereits um 1975 nach dem dortigen Militärputsch und der Entmachtung der mit Indien verbündeten Awami Liga. Die neuen Militärmachthaber suchten bessere Beziehungen zum Westen und China und versuchten gleichzeitig, den indischen Einfluss auf Bangladesch zu reduzieren. Dies veranlasste Indira Gandhi dazu, bewaffnete Rebellen in Bangladesch, die gegen die Militärherrschaft kämpften, zu unterstützen. Allerdings blieben diese Versuche weitgehend erfolglos (vgl. Hossain 1981, Müller 2006: 219). Daneben gab es vier Themenkomplexe, die immer wieder zu Streitigkeiten zwischen Indien und Bangladesch führten: 1. Die Wassernutzung des Ganges; 2. die massenhafte Migration von Armutsflichtlingen nach Indien; 3. islamistischer Terrorismus; 4. Spannungen in den Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Müller 2006: 217-219).

36 Auch für den scheinbaren Höhepunkt indischer Dominanz/Hegemonie in der Region – nach dem deutlichen Sieg gegen Pakistan 1971, der zur Teilung des pakistanischen Staatsgebildes und der Gründung von Bangladesch führte – gibt es eine abweichende Interpretation. Denn was für ein Hegemon ist es, fragt Wagner (2005c: 4), dem es nicht gelingt, einen phänomenalen militärischen Triumph in eine anhaltende politische Lösung für den wichtigsten Grenzkonflikt (Kaschmir) mit dem gerade besiegten Gegner zu transformieren?

37 Auch Wagner (2005c: 2) kommt zu der Einschätzung, dass „India’s regional policy is characterised since the 1990s by a shift from hard to soft power strategies. The malign hegemon of the 1980s is trying to become a benign hegemon in the 1990s“.

tannien und den USA) in seiner unmittelbaren Nachbarschaft (Nepal und Sri Lanka).³⁸ Den Nachbarstaaten wird darüber hinaus mittlerweile das Recht auf ihre eigenständige Außenpolitik zugestanden (sogar Waffenkäufe Sri Lankas aus Pakistan wurden akzeptiert). Eigene Interventionen in den Nachbarstaaten wurden dafür unterlassen.³⁹ Die ungleichen Verträge wurden Schritt für Schritt in Freihandelsabkommen umgewandelt.

Eine weitere bedeutende (Neu-)Entwicklung ist Indiens Engagement in multilateralen Organisationen Südasiens. Denn in den ersten vier Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit hatte Indien (im Gegensatz zu seinem Interesse an Aktivitäten in Organisationen auf globaler Ebene wie der Blockfreienbewegung und den Vereinten Nationen) in seiner Region stets auf bilaterale Verhandlungen mit den Nachbarn gesetzt, um die eigene Überlegenheit möglichst gut ausspielen zu können (vgl. Mitra 2002: 23).⁴⁰ Zwar wurde 1985 auf Initiative Bangladeschs die *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC) aus der Taufe gehoben, und es gelang, sowohl Indien als auch Pakistan zur Teilnahme zu gewinnen, aber bis zum Ende des Kalten Krieges blieb diese weitgehend erfolglos. Ab 1990 sorgten sowohl die Wirtschaftsreformen (die nicht nur in Indien, sondern auch in seinen Nachbarstaaten durchgeführt wurden) als auch die regionalpolitische Neujustierung im Rahmen der *Gujral-Doktrin* dafür, dass die SAARC einige Erfolge feiern konnte.⁴¹ Und auch in der *Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation* (BIMSTEC⁴²) beteiligte sich Indien von Beginn an. Gleichzeitig strebt Indien neuerdings auch in multilaterale Organisationen, die über den engen Kontext Südasiens hinausgehen. So bemüht man sich um eine Mitgliedschaft in der *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ) ebenso wie um eine Teilnahme an einigen Projekten der *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) wie dem *ASEAN Regional Forum* (in dem Sicherheitsfragen diskutiert werden). Auch am pan-asiatischen *East Asia Summit* (EAS) nimmt Indien seit dessen erster Auflage im Dezember 2005 regelmäßig teil.

38 Vgl. Wagner 2005c: 8 und 10. Gerade Sri Lanka sei, so Wagner (2005c: 9), ein gutes Beispiel für Indiens neue Nachbarschaftspolitik in den 90er Jahren, die auf politische und militärische Interventionen verzichtet und dafür, im Sinne der *Gujral-Doktrin*, auf politische und ökonomische Zusammenarbeit auf bi- und multilateraler Ebene gesetzt habe.

39 Dies galt sogar dann, wenn die eigene Sicherheitslage eine Intervention hätte rechtfertigen können. So zum Beispiel als im Sommer 2002 maoistische Rebellen aus Indien und Nepal begannen, ihre Kräfte in dem „Co-ordination Committee of Maoist Parties and Organisations of South Asia“ (CCOMPOSA) zu bündeln. Trotz der damit verbundenen Gefährdung der indischen Sicherheit unterließ Neu-Delhi eine Einmischung, die über eine Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste und Rüstungslieferungen hinausging (vgl. Wagner 2005c: 10).

40 Weiterhin lähmte der Dauerkonflikt der beiden größten Staaten Indien und Pakistan jegliche regionalen Kooperations- und Integrationsbemühungen.

41 So etwa die Einführung des SAARC Preferential Trading Agreement (SAPTA) im Jahr 1995 und das Freihandelsabkommen SAFTA, das im Januar 2004 in Islamabad unterzeichnet wurde (vgl. Müller 2006: 229-231).

42 Die ersten fünf Buchstaben von BIMSTEC weisen zudem auf die Gründungsstaaten Bangladesch, Indien, Myanmar, Sri Lanka und Thailand hin. Später kamen nach Bhutan und Nepal dazu.

Ob es sich hierbei um einen tatsächlichen und längerfristigen Wandel und nicht nur um ein kurzfristiges Strohfeuer als Reaktion auf den stark realpolitisch geprägten Ansatz von Indira Gandhi und um eine neue Runde im Kampf um Einflussphären handelt, wird sich in den kommenden Jahren erst noch erweisen müssen. Für die erste Vermutung gibt es bereits einige Anzeichen, wie zum Beispiel, dass auch nach dem Ende von Gujral's Amtszeit und dem Sturz seiner United Front⁴³ Regierung die BJP⁴⁴ und später die Kongresspartei eine Regionalpolitik betrieben und betreiben, die den Kernelementen der Gujral-Doktrin weit mehr entspricht als denen der Indira-Doktrin (vgl. Wagner 2005c: 3).

4.1.3 Zwischenfazit Regionalpolitik

Von den drei Axiomen blockfreier Außenpolitik, die in Kapitel 2 herausgearbeitet wurden, sind im Zusammenhang mit der Regionalpolitik vor allem Nummer II (Anerkennung aller Staaten als gleichberechtigt, Einmischungsverbot) und Nummer III (Gebot friedlicher Außenpolitik) von Bedeutung.

Von beiden Prinzipien lassen sich einige signifikante Abweichungen feststellen. Diese Abweichungen häufen sich jedoch **nicht**, wie es die *Blockfreiheit-Ade-These* nahelegen würde, in der jüngeren Vergangenheit seit dem Ende des Kalten Krieges, sondern lassen sich bereits bei Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi nachweisen. Im Gegenteil, die Tendenz einer auf Einmischung und (militärischen) Zwang ausgerichteten Nachbarschaftspolitik scheint in den letzten Jahren sogar eher rückläufig zu sein.⁴⁵

Fälle von Nicht-Anerkennung der Gleichberechtigung aller Staaten bzw. ein Verstoß gegen das Einmischungsverbot (Axiom II) finden sich in den „ungleichen“ Verträgen mit den kleinen Nachbarstaaten, in der Intervention in den pakistanischen Bürgerkrieg und in den Interventionen auf den Malediven und Sri Lanka im Rahmen der *Indira-Doktrin*.

Verstöße gegen das Gebot einer friedlichen Außenpolitik (Axiom III) finden sich in den militärischen Aktionen in der Folge der Teilung des Subkontinents, im Einmarsch in Goa (1961), in der Annexion Sikkims (1975) und in der grundsätzlichen Weigerung, Krieg als Mittel der Politik generell auszuschließen.⁴⁶

43 Die United Front war eine aus fünf Mitte-Links- und Links-Parteien bestehende Koalition, die Indien zwischen 1996 und 1998 regierte. Sie war für ihre Mehrheit auf die Tolerierung durch den INC angewiesen (vgl. Wagner 2006a: 141-142).

44 Die *Bharatiya Janata Party* (BJP) ist eine Partei der rechten Mitte im politischen Spektrum Indiens. Sie ist eng verbunden mit der Hindutva-Bewegung und pflegt auch Beziehungen zur radikaleren Gruppierungen wie dem *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS) und dem *Visva Hindu Parisad* (VHP). 1980 gegründet ist sie heute, neben dem INC, die zweite große indische Partei von überregionaler Bedeutung. Für wenige Wochen im Jahr 1996 und von 1998-2004 führte sie die indische Regierung (vgl. Wagner 2006a: 126-131).

45 Eine Erklärung für diese Entwicklung aufzuzeigen ist nicht Ziel dieses Reports. Eine mögliche Vermutung könnte sein, dass hier eine Verfestigung der Normen der Blockfreiheit über die Zeit stattgefunden hat.

46 Die Kriege mit Pakistan können nicht als Beleg für die Unfriedlichkeit Indiens angesehen werden, da Indien in keinem der Fälle als Aggressor auftrat, sondern sich bemüht sah, auf pakistanische Angriffe zu reagieren. Allerdings kann man zumindest für 1947 und 1971 die Frage aufwerfen, ob ein Einsatz des in-

Walker (1996: 65/66) fasst den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit indischer Außenpolitik gut zusammen:⁴⁷

„In the years just before and after India achieved its independence, Jawaharlal Nehru and other political leaders enunciated a vision of an international society that would be just and egalitarian, and in which social progress and international harmony would be achieved through non-violent and democratic means. [...] As many observers of India have noted, this political philosophy coexisted with an opposite trait. Wherever India's own status was in question, it refused to be content with equality and was keen to assert its superiority“ (Walker 1996: 65/66).

Seit der Ablösung der *Indira-Doktrin* durch die *Gujral-Doktrin* steht die indische Regionalpolitik wieder deutlicher in Einklang mit den Anforderungen der Axiome II und III. Zwar kam es 1999 noch einmal zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan, aber in diesem war Indien eindeutig die angegriffene Seite und agierte militärisch sehr zurückhaltend. Die Einmischung in die Innenpolitik anderer Staaten dagegen ist rückläufig und durch den Eintritt in verschiedene multilaterale Organisationen, die meist nach dem Prinzip der Einstimmigkeit operieren, zeigt das heutige Indien, dass es zumindest prinzipiell dazu bereit ist, auf die Vorteile, die der jeweils stärkere Partner in einem rein bilateralen Verhältnis hat, zu verzichten.

4.2 Indien und die Weltmächte – Indien im Kontext der Weltpolitik

Dieser zweite Themenblock beschäftigt sich mit Indiens Politik gegenüber den Weltmächten oder allgemeiner gesagt: Indiens Agieren in der Weltpolitik.

Indiens Staatsgründer Jawaharlal Nehru erhoffte sich kooperative Beziehungen zwischen den Großmächten. Doch bekanntlich kam es nach dem Zweiten Weltkrieg ganz anders. Denn relativ schnell nach dem Sieg über Deutschland und Japan entfremdeten sich die westlichen Alliierten und die Sowjetunion und standen sich plötzlich als Feinde gegenüber. Dieser Konflikt war sowohl ein machtpolitischer, in dem die beiden mit Abstand mächtigsten Staaten um die globale Vorherrschaft ankämpften, als auch ein ideologischer, indem die politischen Systeme des Kommunismus und der Demokratie miteinander wetteiferten. Um die USA und die Sowjetunion bildeten sich weltweit Blöcke verbündeter Staaten. An eine friedliche Kooperation verschiedener großer Mächte, wie sie Nehru vorschwebte, war nicht mehr zu denken. Stattdessen wurde die Welt erneut in Einflusszonen aufgeteilt und das große Spiel der Macht ohne die Asiaten gespielt (vgl. Nye 2003: 118-135).

Ebenso wenig hatte sich die indische Hoffnung auf einen Aufbruch der Dritten Welt bewahrheitet. Zwar hatte Indien seine Unabhängigkeit erhalten, aber längst nicht alle kolonialisierten Staaten hatten dieses Glück. So hielten viele europäische Staaten nach wie

dischen Militärs für die *indische* Sicherheit notwendig gewesen wäre (im einen Fall war der Angegriffene das noch nicht zu Indien gehörende Kaschmir, im anderen Fall Ostpakistan).

⁴⁷ Ihm geht es dabei zwar um die indische Atompolitik, aber meiner Meinung nach passt seine Aussage auch sehr gut zum indischen Verhalten gegenüber seinen Nachbarn.

vor Kolonien in Afrika und Asien und machten keinerlei Anstalten diese aufzugeben (vgl. Sinigoj 1998: 28).⁴⁸

Für Indien ergab sich daraus die paradoxe Situation, dass es die westlichen Staaten, denen es vom politischen System her eigentlich nahe stand, als Aggressoren wahrnehmen musste, während die Sowjetunion, vor deren Expansionismus man sich in Europa fürchtete, als eher friedlicher Nachbar angesehen wurde.

4.2.1 *Indien, die Blockfreien und China*

Das bedeutete aber keineswegs, dass Indien unter Nehru bereit gewesen wäre, sich dem sowjetischen Block anzuschließen. Schließlich war es gerade dieses konfrontative Blockdenken, das man in Neu-Delhi als Haupthinderungsgrund für den Weltfrieden identifiziert hatte. Indien versuchte daher, die sich abzeichnende Bipolarität zu überwinden, indem es andere Staaten, die sich in einer ähnlichen Situation sahen, um sich scharte. Damit sollte ausdrücklich **kein** dritter Block neben NATO und Warschauer Pakt geschaffen werden, sondern eine Bewegung **gegen** jedes Blockdenken (vgl. Sinigoj 1998: 30, Mohan 2003: 39). Gleichzeitig sollte damit ein Forum geschaffen werden für die jungen unabhängigen Staaten Afrikas und Asiens, mit welchem diese Kolonialismus, Rassismus und wirtschaftliche Ausbeutung anprangern und auf ihre legitimen Interessen aufmerksam machen konnten. Daraus entstand dann die bereits in Kapitel 2 angesprochene Bewegung der Blockfreien.

In diesem Rahmen sollte nach indischer Ansicht auch die Volksrepublik China eine wichtige Rolle spielen. Nach Nehrus Ansicht waren Indien und China für eine fruchtbare Zusammenarbeit prädestiniert, zumal beide Länder unter Kolonialisierung gelitten hatten und sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs anschickten, (erneut) die globale Bühne zu betreten (vgl. Wagner 2005d: 162-164). Gleichzeitig war China (im Gegensatz zu Pakistan) dazu in der Lage, Indien ernsthaft zu gefährden, wenn es zu einem Konflikt kommen sollte. Daher wählte Nehru gegenüber Peking eine Politik der „conciliation and appeasement“ (Ganguly 2004: 108). So war Indien auch eines der ersten Länder, das die Volksrepublik China als souveränen Staat anerkannte. Die Parole jener Tage war „Hindi-Chini bhai-bhai“, was soviel heißt wie „Chinesen und Inder sind Brüder“. Dabei störte sich der Demokrat Nehru auch nicht am diktatorischen Regierungsstil Maos. Indien weigerte sich sogar, China für die Ausweitung des Korea-Krieges zu kritisieren (vgl. Ganguly 2004: 108).

Doch die Hoffnungen auf eine friedliche Zusammenarbeit oder auch nur Koexistenz wurden am 20. Oktober 1962 zerstört, als die Volksrepublik Indien in einem Grenzkrieg angriff, nach kurzem etwa einmonatigem Kampf besiegte und demonstrativ demütigte.⁴⁹ Nehru nahm dabei in seiner China-Euphorie nicht wahr, dass Peking entschlossen war,

48 Frankreich stürzte sich sogar in einen blutigen Krieg, um seine ehemaligen Kolonien in Indochina (die es während des Zweiten Weltkriegs an Japan verloren hatte) wiederzugewinnen. In diesem französischen Kolonialkrieg wurzelte auch der Vietnam-Krieg der USA in den sechziger und siebziger Jahren.

49 Es ging dabei um sich überlappende Gebietsansprüche im Himalaja-Gebiet, über die beide Staaten schon länger verhandelten.

seine Ansprüche wenn nötig mit Gewalt durchzusetzen. Er erkannte auch nicht, dass China sich dadurch provoziert fühlte, dass Indien dem Dalai Lama und seinen Mitstreitern Asyl gewährte (vgl. Ganguly 2004:111). Der chinesische Angriff traf Indien daher relativ unvorbereitet, auch wenn es schon zuvor des öfteren zu Zwischenfällen gekommen war. China besetzte die von ihm beanspruchten Gebiete, drang kurz weiter in indisches Gebiet vor, zog sich dann aber wieder demonstrativ hinter die neu etablierte Grenzlinie zurück und unterließ es, weitere Gebiete als jene, die es von vorneherein beanspruchte, zu erobern.

Für Indien war dieser Krieg dennoch in mehrfacher Hinsicht ein Schock:

1. Aus dem potentiellen Partner China wurde der potentielle Feind China. Dies manifestierte sich unter anderem in dem kurz nach dem Krieg geschlossenen Bündnis zwischen China und Pakistan und in der chinesischen Hilfe für Aufständische in Ostindien (vgl. Amin 2000: 158, Ganguly 2004: 117/118, 120).
2. Im Angesicht der Niederlage war das stolze Indien gezwungen, die Westmächte um Militärhilfe zu bitten.⁵⁰
3. Die deutliche Niederlage war der Auslöser für eine Neuorientierung der indischen Politik, in der das Militär in Zukunft eine deutlich größere Rolle spielen sollte (Ganguly 2004: 116).
4. Jawaharlal Nehru selbst stand mit dem verlorenen Krieg vor dem Scherbenhaufen seiner Außenpolitik und erholte sich von diesem Schock nie wieder. Er starb zwei Jahre später als gebrochener Mann an einem Herzinfarkt (vgl. Ganguly 2004: 115).

Pakistan versuchte die vermeintliche Schwäche Indiens in Folge dieses Krieges zu nutzen und entfachte 1965 den zweiten indisch-pakistanischen Krieg. Dieser endete allerdings in einem Patt mit einem Friedensvertrag, den die Sowjetunion im usbekischen Taschkent vermitteln konnte (vgl. Rothermund 2002: 36-38, Ganguly 1994: 47-80, Ganguly 2001: 31-50).

Mittlerweile haben sich die Beziehungen zu China etwas gebessert, so kam es 2003 zu einem Tauschgeschäft: Indien anerkannte Chinas Oberherrschaft über Tibet und China akzeptierte im Gegenzug die indische Souveränität über Sikkim. Gleichwohl sind die ak-

50 Indien ersuchte den Westen und nicht die Sowjetunion um Hilfe, weil Moskau damals noch ein treuer Verbündeter Pekings war. Die USA standen sogar kurz davor im großen Stil auf Seiten Indiens zu intervenieren (und damit de facto Nehrus Bekenntnisse zur Blockfreiheit ad absurdum zu führen) und wurden dadurch nur durch die chinesische Entscheidung, einen unilateralen Waffenstillstand auszurufen, abgehalten (vgl. Brecher 1979 618/619). Dadurch wurde verhindert, dass sich eine stärkere militärische Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA materialisierte. Ganguly (2004: 115/116) bemerkt hierzu: „Limited military cooperation with the United States did emerge after the 1962 war [...] The ambit of military cooperation, however failed to significantly expand because of profound Pakistani misgivings, the inability of the two sides to reach a settlement of the Kashmir dispute, and India's own ambivalence about the relationship.”

tuellen Beziehungen beider Staaten eher als ein Mix aus Kooperation und Konfrontation zu beschreiben.⁵¹

4.2.2 Die USA und die Sowjetunion

Dieses Unterkapitel beschäftigt sich mit Indiens Verhalten gegenüber den USA und der Sowjetunion. Denn trotz der offiziellen Politik der Blockfreiheit bestand auch für Indien die große Frage, wie es sich bezüglich der beiden Supermächte positionieren sollte. Während sich für die meisten Staaten diese Frage relativ schnell beantwortete, weil sie entweder im Einflussbereich einer der Supermächte lagen und insofern keine echte Wahl hatten (etwa Osteuropa) oder ideologisch eindeutig der einen oder anderen Seite zuzuordnen waren, war die Sache für Indien schwieriger.

Denn Indien hatte von Großbritannien das demokratische politische System übernommen. Demnach hätte man erwarten können, dass die demokratischen USA und das demokratische Indien – ähnlich wie die demokratischen Staaten Europas, Kanada, Japan oder Australien – so etwas wie natürliche Alliierte sein müssten. Gleichzeitig wäre zu erwarten gewesen, dass sich Neu-Delhi von der autokratischen Sowjetunion abgestoßen fühlt.

Auf der anderen Seite hatte sich Indien aber für ein quasi-sozialistisches und planwirtschaftliches Wirtschaftssystem entschieden und stand diesbezüglich dem Ostblock deutlich näher als den kapitalistischen USA. Außerdem gab es Ressentiments gegen die Europäer wegen ihrer kolonialen Vergangenheit und damals noch aktuellen Kolonialpolitik.

Es gab also gute Gründe für und gegen eine Zusammenarbeit mit beiden Machtblöcken. Doch trotzdem optierte Indien im Laufe der Zeit, bei offizieller Beibehaltung des Status als Blockfreier, mehr und mehr für die Sowjetunion und gab damit die ursprüngliche Idee der Äquidistanz zu den Blöcken auf.⁵²

Das war allerdings keineswegs eine radikale Kehrtwende: Schon Nehru war in seiner Kritik an Aktionen der Westmächte immer deutlich schärfer als bei solchen des Ost-

51 Vgl. Astarita (2007), Basu (2007), Jing-dong Yuan (2007) und Mohan (2007). Insbesondere die Frage des Grenzverlaufs, die bereits in den Krieg von 1962 mündete, ist trotz zahlreicher Verhandlungsrunden immer noch ungeklärt (vgl. Ganguly 1989, Jing-dong Yuan 2001, Ganguly 2004: 122-124). Gleichzeitig ist Indien besorgt über den wachsenden Einfluss Chinas in Myanmar (vgl. Ganguly 2004: 123/124) und in Nepal und Bhutan (siehe Kapitel 4.1.4).

52 Auch Wagner (2005d: 197) äußert sich diesbezüglich einigermaßen überrascht: „Die Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion konnten, angesichts der völlig andersartigen Voraussetzungen in beiden Staaten, durchaus als einzigartig gelten. Bedenkt man, wie selten Indien und die USA, die beiden größten Demokratien, einen gemeinsamen politischen Nenner fanden, so ist das insgesamt gute Verhältnis zwischen der Indischen Union und der UdSSR als zwei Ländern, deren gesellschaftliche Strukturen unterschiedlicher nicht hätten sein können, um so erstaunlicher.“

blocks.⁵³ Das wichtigste Beispiel, das zugleich als erster „Sündenfall“⁵⁴ Indiens in Bezug auf die Blockfreiheit gelten kann, ist das Doppelkrisenjahr 1956.⁵⁵

In diesem Jahr griffen Großbritannien und Frankreich in der Suez-Krise Ägypten an, während die Sowjetunion einen Volksaufstand in Ungarn niederschlug. In beiden Fällen mischte sich eine auswärtige Macht in die Angelegenheiten eines souveränen Staates ein. Aus Sicht der Blockfreiheit (Axiome II und III) wäre das scharf zu kritisieren. Doch während Indien die Aggression gegen Ägypten aufs schärfste verurteilte, fiel die Kritik an Moskau, sofern sie überhaupt geäußert wurde, äußerst milde aus (vgl. Sagar 2004).

Dieses Muster sollte sich auch in Zukunft fortsetzen. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 war Indien kaum einen Kommentar wert. Während des Vietnam Krieges wurden die USA immer wieder getadelt und zum Rückzug aus der Region aufgefordert.⁵⁶ Als aber im Dezember 1979 die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, ging die indische Reaktion nicht über eine pflichtschuldige Kritik an der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten hinaus, ohne Ross und Reiter zu nennen. Bereits acht Jahre zuvor – 1971 – wurde sogar ein Freundschaftsvertrag zwischen Indien und der Sowjetunion geschlossen, der zwar keine automatische Beistandspflicht im Verteidigungsfall vorsah (wie etwa der NATO Vertrag) aber trotzdem als Quasi-Allianz interpretiert wurde.⁵⁷

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Mehrere Gründe spielten eine Rolle: Der Pakistankonflikt wurde bereits in Kapitel 4.1 angesprochen. Im Rahmen des Kalten Krieges erhielt dieser allerdings noch größerer Tragweite. Pakistan wurde aufgrund seiner

53 Dies ist nicht nur durch den Kontext des Kalten Kriegs erklärbar. Bereits vor der indischen Unabhängigkeit äußerte Nehru eine „Grundsympathie für die Sowjetunion“, wenngleich er ihr autoritäres Regierungssystem immer ablehnte (vgl. Sinigoj 1998: 14ff).

54 Tatsächlich könnte man sogar noch etwas weiter zurückgehen, und zwar in den Koreakrieg, wo Indien sich den meisten Resolutionen der UNO, die gegen die Aggressionen Nordkoreas und Chinas gerichtet waren, verweigerte (vgl. Sinigoj 1998: 69ff.) „Eine [...] Resolution der Vereinigten Staaten von Amerika, Chinas Intervention zu verurteilen, wurde durch den indischen Delegierten B.N. Rau nicht unterstützt, worauf die USA das indische Verhalten mit dem Vorwurf der ‚Heuchelei‘ quittierten. Unter den asiatischen Staaten stimmten einzig Indien und Burma auf Seiten der Mitglieder des kommunistischen Blocks“ (ebd.).

55 Man könnte hier natürlich einwenden, dass die Blockfreienbewegung erst 1961 gegründet wurde (siehe Kapitel 2), und dass man Indien daher nicht vorwerfen kann, die Prinzipien dieser Bewegung vor der Gründung dieser Bewegung nicht eingehalten zu haben. Dies würde allerdings übersehen, dass Blockfreiheit als Konzept der organisatorischen Gründung der Blockfreienbewegung chronologisch deutlich vorausgeht.

56 Kux (1993: 255) weist darauf hin, dass die USA über die bittere indische Kritik auch deshalb besonders verärgert waren, weil Neu-Delhi gleichzeitig Entwicklungshilfe verlangte. „Ambassador Bowers wrote, that when he commented Mrs. Gandhi was not saying anything more than the Pope or the UN Secretary-General, the curt response he got from Washington officials was, ‘The Pope and U Thant don't need our wheat.’“

57 Kux (1993: 295) bemerkt dazu: „Even though short of a formal alliance, the treaty forged a relationship sufficiently close that it was hard to assert – as India did – that New Delhi remained true to the cardinal principle of nonalignment, independence from either major power bloc“.

Nähe zur Sowjetunion von den USA als wichtiger Frontstaat angesehen.⁵⁸ Aus Furcht, Moskau könnte in Richtung Pakistan expandieren, unterstützen die USA den islamischen Staat seit dessen Unabhängigkeit mehr oder weniger deutlich. Parallel zur NATO wurden auch asiatische Allianzsysteme gebildet (CENTO, SEATO), an denen Pakistan teilnahm.⁵⁹ Diese Unterstützung war von Seiten der USA keineswegs gegen Indien gerichtet, wurde von Neu-Delhi aber so wahrgenommen. Und das nicht einmal zu Unrecht, denn Pakistan sah nicht in der Sowjetunion, sondern in Indien seinen Hauptkonkurrenten und scherte sich relativ wenig um die Bitten der USA, deren Waffenhilfen NICHT gegen Indien zu verwenden (vgl. Adhikari 2004: 158, Cohen 2001: 274).

Dadurch entstand ein Grundmisstrauen Indiens gegenüber den USA.⁶⁰ Dieses wurde noch verstärkt durch deren Verhalten im Kaschmir Konflikt. Wiederum richtete sich Washington nicht absichtlich GEGEN Indien, erweckte aber genau diesen Eindruck.⁶¹ Denn die USA unterstützen die Forderung, in Kaschmir eine Volksabstimmung unter UNO-Aufsicht abzuhalten, die entscheiden sollte, welchem Land sich das Gebiet anschließen sollte. Dies wurde auch von Pakistan so gesehen. Indien dagegen beharrte (als stärkerer Konfliktpartner) auf bilateralen Verhandlungen.

Während der ersten beiden indisch-pakistanischen Kriege wiederum entschied sich Washington für eine neutrale Position und verhängte Waffenembargos gegen beide Seiten. Das verärgerte erneut Indien, da es sich als angegriffenes Opfer sah und die neutrale Haltung der USA als versteckte Parteinahme für Pakistan empfand.

Im dritten indisch-pakistanischen Krieg von 1971 schließlich trat die latente Entfremdung zwischen Indien und den USA so deutlich hervor wie nie zuvor (vgl. Rothermund 2002 38-44, Ganguly 1994: 81-118). Dieser Krieg hatte als pakistanischer Bürgerkrieg begonnen. Pakistan bestand seit der Unabhängigkeit aus einem geographisch nicht zu-

58 Ein schmaler Landstreifen Afghanistans (der sogenannte *Wakhan Korridor*), der an einigen Stellen nicht viel breiter als 10 Kilometer ist, verhinderte ein direktes Aneinandergrenzen von Pakistan an die Sowjetunion.

59 Die SEATO (South Asian Treaty Organization) wurde 1954 als südasiatisches Gegenstück der NATO gegründet. Ihre Mitglieder waren Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, Thailand und die USA. Der Bagdad Pakt wurde 1955 von der Türkei und dem Irak gegründet und war ein reines Verteidigungsbündnis. Ab 1959 war der offizielle Name CENTO (Central Treaty Organization). Weitere Mitglieder waren: Großbritannien, Pakistan und der Iran. Die USA waren mit den einzelnen Mitgliedern über bilaterale Verträge verbunden und erhielten später Beobachterstatus bei der CENTO.

60 Eventuell war dieses sogar noch etwas älteren Ursprungs. In den Wirren des Zweiten Weltkriegs sahen sich die USA gezwungen, zwischen ihrem eigentlichen Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker (und damit auch das der Inder) und den Interessen ihres britischen Bündnispartners zu lavieren (vgl. Cohen 2001: 269). Dies frustrierte die indischen Unabhängigkeitskämpfer, die auf eine stärkere Unterstützung der USA gebaut hatten, nachhaltig. So merkte Jawaharlal Nehru 1945 kritisch an: „There has been some disillusionment in India in regard to American championing independence for freedom“ (Nehru 1982: 457).

61 Kux (1993: 114) vertritt allerdings die Auffassung, dass zumindest einige Pro-Pakistan Entscheidungen der US-Regierung angesichts von Washingtons Verärgerung über die ständige Kritik aus Neu-Delhi als „subconscious way of hitting back at India“ verstanden werden können.

sammenhängenden West- und Ost-Teil. Die gemeinsame Klammer war der islamische Glaube, ansonsten waren beide Gebiete bis hin zu Kultur und Sprache sehr unterschiedlich. Politisch dominierend blieb West-Pakistan. 1970 aber gewann die ostpakistanische Partei *Awami Liga* bei den Parlamentswahlen eine Mehrheit. Die Eliten in West-Pakistan wollten dies nicht anerkennen und schickten das Militär, um ihre Herrschaft zu festigen. Ein Bürgerkrieg entbrannte. Dieser führte dazu, dass zwischen März und Dezember 1971 in Ost-Pakistan etwa eine Million Menschen getötet wurden und insgesamt fast 10 Millionen Flüchtlinge über die Grenze nach Indien flohen.⁶²

Dies wiederum veranlasste Indien dazu, auf Seiten Ost-Pakistans in den Bürgerkrieg einzugreifen (natürlich kann man nicht ausschließen, dass noch andere strategische Kalküle, wie z.B. die Schwächung des Erzfeindes, dahintersteckten), wobei Pakistan Indien mit einem eigenen (Präventiv-)Angriff sogar noch zuvorkam. Relativ schnell gewannen indische und ostpakistanische Verbände die Oberhand und Ost-Pakistan erklärte als Bangladesch seine Unabhängigkeit.

Die USA hatten während des Bürgerkriegs weiterhin West-Pakistan unterstützt und fürchteten nun, dass Indien die günstige Gelegenheit nutzen könnte, um auch West-Pakistan zu überrennen. Präsident Richard Nixon und sein nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger entschlossen sich daher, den Flugzeugträger *Enterprise* in den Golf von Bengalen zu schicken (vgl. Gandhi 2002). Mit dieser Aktion wurden drei Ziele verfolgt: 1. Ein Eingreifen der Sowjetunion, die kurz zuvor einen Freundschaftsvertrag mit Indien abgeschlossen hatte, sollte verhindert werden. 2. Indien sollte von einem Einmarsch in Westpakistan abgeschreckt werden. 3. China, mit dem Nixon gerade eine *Détente* durchführte, sollte die Nützlichkeit eines Bündnisses mit den USA demonstriert werden.

Diese Episode belastete die indisch-amerikanischen Beziehungen über zwei Jahrzehnte schwer: „What Richard Nixon and Henry Kissinger intended as a political gesture to an already defeated Pakistan and a new partner, China, lives on in Indian history as a symbolic demonstration of U.S. hostility to India“ (Cohen 2001: 136).⁶³ Darüber hinaus interpretierte Indien diesen Einsatz als Drohung mit Nuklearwaffen, da die *Enterprise* solche angeblich an Bord hatte. Da aber Indien schnell einen Waffenstillstand mit Pakistan schloss, materialisierte sich diese Drohung nicht.

Etwa zur selben Zeit nahmen die USA eine Neubewertung ihrer China-Politik vor. Nachdem Peking und Moskau sich ideologisch entfremdet und 1969 sogar einen kurzen Grenzkrieg ausgefochten hatten, schien die Gelegenheit günstig, eine anti-sowjetische Interessensgemeinschaft mit der Volksrepublik zu begründen (vgl. Kindermann 2001: 533-546). Für Indien war das natürlich ein strategischer Alptraum: Beide Nachbarn, mit denen es seit der Unabhängigkeit Kriege geführt hatte, schienen sich nun auch noch mit

62 Aus diesem Grund sieht Wheeler (2000: 55), trotz aller anderen eventuell vorhandenen eigennützigen Motive, es als gerechtfertigt an, das indische Eingreifen als humanitäre Intervention zu werten.

63 Es ist eine Ironie der Geschichte, dass es ebenfalls die *Enterprise* war, die 1962 von den USA zur Unterstützung Indiens im Krieg gegen China in den Golf von Bengalen geschickt worden war.

der Weltmacht USA gegen sie zu verbünden. Dabei spielte Indien nur eine untergeordnete Rolle im Denken der USA. Tatsächlich waren die dortigen Strategen noch auf den Ost-West-Konflikt fixiert und nahmen die Belastung der Beziehungen zu Indien als nicht verhinderbaren Kollateralschaden hin.

Im Übrigen wurde Indira Gandhi auch persönlich nie mit den jeweiligen Präsidenten in den USA warm, eine Abneigung, die durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte.⁶⁴

Zusammenfassend kann man durchaus Subrahmanyam (2005: 557) zustimmen, wenn er schreibt:

„The problem for the Americans during the Cold War was, India refused to share a common threat perception with them. In their view, the Soviet Union was the threat. Pakistan accepted it and therefore it was an ally. China, defected from the Soviet alliance and regarded it as an enemy after 1971 and provided bases in Xinjiang for the United States to monitor Soviet missile tests. Therefore, China became a partner. India, which was not with the US in its threat perception, was, in US logic, against them.“⁶⁵

Die Sowjetunion verhielt sich gegenüber Indien geschickter.⁶⁶ Sie hatte es aber auch einfacher. Zum einen hatte sie keine koloniale Vergangenheit (die hatte zwar das Zarenreich, aber der Sowjetunion gelang es, sich erfolgreich von dieser zu distanzieren) und konnte sich somit – zumindest in indischen Augen – glaubwürdig vom Imperialismus der Westmächte abgrenzen.⁶⁷ Sie konnte auch auf wirtschaftlichem Gebiet einfacher mit Indien zusammenarbeiten, da beide Staaten ähnliche Entwicklungsmodelle verfolgten. Und nicht zuletzt war die Sowjetunion in keiner Form mit Pakistan verbunden und konnte so die Rolle eines ehrlichen (zuweilen auch pro-indischen) Maklers besser spielen als die USA. So wurde etwa der zweite indisch-pakistanische Krieg durch den „Frieden von Taschkent“ beendet, der von Moskau vermittelt wurde (vgl. Rothermund 2003 und 2002: 38). Als die Sowjetunion dann auch noch mit Peking brach, wurde die Sowjetunion endgültig zum indischen Wunschpartner und blieb das auch bis zum Ende des Kalten Krieges.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass Indira Gandhi einerseits den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt *Diego Garcia*⁶⁸ als Gefährdung für den Frieden in der Region einstufte und mit ihrem Vorstoß, den Indischen Ozean zu einer „Zone des Friedens“ zu

64 Zwar versuchte sie in ihrer zweiten Amtszeit, die Beziehungen etwas zu entspannen, aber die grundlegenden Interessenskonflikte bestanden unverändert fort, wie es sich auch im unterschiedlichen Stimmverhalten beider Staaten in der UNO zeigte (vgl. Kux 1993: 396/397).

65 Und natürlich gilt das auch umgekehrt für die indische Wahrnehmung der USA (vgl. Kux 1993: XII).

66 Allerdings benötigte sie dafür auch erst einen gewissen Lernprozess. Unmittelbar nach der indischen Unabhängigkeit herrschte auf sowjetischer Seite eine große Antipathie vor und die indische Strategie der Blockfreiheit wurde als „höchst imperialistisches Unterfangen“ (Sinigoj 1998: 34) kritisiert.

67 So äußerte sich Nehru (zitiert nach Sinigoj 1998: 17) 1949 folgendermaßen über die Ziele Moskaus: „Russian interest surely lay in ending [...] imperialism [...] the opposition of Britain, her attitude towards her mighty neighbours in Asia did not appear imperialistic at all.“

68 Die Insel Diego Garcia liegt mitten im Indischen Ozean etwa 2000 Kilometer südlich der indischen Küste. Sie gehört zum Chagos-Archipel dem letzten verbleibenden britischen Territorium im Indischen Ozean. Die USA haben die Insel noch bis zum Jahr 2016 als Militärstützpunkt gepachtet.

machen, das Ziel verfolgte, die amerikanische Marinepräsenz in der Region zu begrenzen oder gar zu verbieten, andererseits aber keinerlei Probleme damit hatte, der Sowjetunion Hafendrechte unter anderem in Madras zu gewähren und somit die Etablierung sowjetischer Stützpunkte auf indischem Boden zu dulden (vgl. Der Spiegel 1980).

Und während Indien 1964 noch lange mit sich ringen musste, bevor es sich dafür entschied – in einer Notlage – die USA um Militärhilfe zu bitten und gegenüber dem damaligen U.S. Präsidenten darum bat, diese Militärhilfe harmloser als „Unterstützung“ zu deklarieren, die ausdrücklich nicht auf Basis irgendeiner Art von Allianz, sondern allein aus Mitgefühl geleistet wurde⁶⁹ (vgl. Brecher 1979: 614), war das Indien der Indira Gandhi auch diesbezüglich weit weniger zimperlich.⁷⁰ Rüstungsverträge mit der Sowjetunion wurden in dieser Epoche ohne mit der Wimper zu zucken abgeschlossen. Dies ging so weit, dass einige indische Militärexperten fürchteten, die Effektivität der indischen Streitkräfte sei längst von Moskau abhängig.⁷¹

Das Ende des Kalten Krieges mit dem Niedergang Moskaus und dem Triumph Washingtons kam für Indien daher zunächst wie ein Schock. Und das in zweifacher Hinsicht: Zum einen konnte Indien nicht mehr auf Unterstützung aus Moskau bauen (zuvor konnte Indien damit rechnen, dass – etwa in der Kaschmir-Frage – das sowjetische Veto im UNO-Sicherheitsrat eine allzu Indien-kritische Entscheidung der Weltorganisation verhindern würde).⁷² Zum anderen kamen Indien mit dem Zusammenbruch von *Warschauer Pakt* und des *Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW) auch noch die wichtigsten Handelspartner abhanden.

Auf der anderen Seite war Indien aber zunächst noch nicht bereit, das traditionelle Misstrauen gegenüber den USA aufzugeben (vgl. Cohen 2001: 231). Auch in den USA überwogen zunächst einmal die Zweifel. Gründe dafür waren nach wie vor Kaschmir, wo Indien die USA an der Seite Pakistans wählte und die Nuklearfrage, in der Indien 1998 mit

69 Als Nehru aufgrund der sich rapide verschlechternden Kriegslage dann erneut in einem Brief an Kennedy um massive US-Unterstützung nachsuchte, behielt er die einzige Kopie des Briefes für sich und übersandte sie nicht an das Außenministerium. „It was most unusual behavior on Nehru’s part, indicating an awareness that his decision [...] undermined, or could be interpreted as a grave violation of, the hallowed principle of non-alignment“ (Brecher 1979: 617/618).

70 Bei Sinigoj (1998: 37) findet sich allerdings die Ansicht, dass es schon Nehrus „dezidierte, öffentlich vortragene Ansicht“ gewesen sei, eine Anlehnung an jeweils eine Supermacht taktisch, je nachdem wie den indischen Interessen am besten Genüge getan werden konnte, vorzunehmen.

71 So fragte sich der ehemalige Direktor eines regierungsnahen Think-Tanks 1980 im SPIEGEL, „ob bei einer weiteren Zunahme der Abhängigkeit von sowjetischen Rüstungslieferungen unsere außenpolitische Aktionsfreiheit überhaupt noch gewahrt werden kann“. Auf der anderen Seite schreibt Cohen (2001: 141), dass „[t]he general belief among Indian strategists was that the Soviet Union was [because of their war against Afghan guerillas/Anm. von CR] thus dependent upon India, and that India could extract even more and better equipment from the Russians“.

72 Das führte auch dazu, dass Indien lange Zeit mit dem „neuen Russland“ nicht recht warm wurde (vgl. Mohan 2003: Kapitel 5).

seinen Atomtests Washington eher zu provozieren schien.⁷³ Die amerikanischen Reaktionen darauf waren denn auch zunächst deutliche Kritik und die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen.

Die indisch-amerikanischen Beziehungen wurden nach 1989 also keineswegs plötzlich besser. Dies änderte sich erst allmählich. Eine wichtige Rolle spielte hierbei das Verhalten der USA im sogenannten *Kargil-Krieg* (vgl. dazu Rothermund 2002: 98-109, Ganguly 2001: 114-133). Dies war der vierte indisch-pakistanische Krieg, der 1999 wiederum um Kaschmir geführt wurde. Kaschmirische Freischärler überquerten dabei, unterstützt von regulären pakistanischen Truppen, die Waffenstillstandslinie und drangen in indisches Gebiet vor. Indien rüstete sich zum Gegenschlag und ein neuer großer (eventuell sogar atomarer) Schlagabtausch schien kurz bevorzustehen. Doch dann geschah etwas, womit in Neu-Delhi niemand gerechnet hatte: Die USA stellten sich eindeutig auf die Seite Indiens, verurteilten die Aggression Pakistans und forderten dieses auf, die Angriffe einzustellen. Recht schnell konnte ein neuer Waffenstillstand vermittelt werden. Als Präsident Clinton kurze Zeit später als erster US-Präsident seit 20 Jahren Indien besuchte, wurde er begeistert empfangen (vgl. Cohen 2001: 268).

In der Terrorbekämpfung entdeckten beide Staaten weitere Gemeinsamkeiten.⁷⁴ Besonders nach dem 11. September 2001 stellte Indien uneingeschränkte militärische Unterstützung in Aussicht. Und im Jahr 2004 wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der sogenannten „Next Steps in Strategic Partnership“ formalisiert. Diese bestehen aus einer ganzen Reihe von Verträgen und Vereinbarungen in den verschiedensten Gebieten von ökonomischer bis hin zu militärischer Zusammenarbeit (vgl. Schreer/Wagner 2005).

Weder die erneute Aufwertung Pakistans (im Rahmen der Anti-Terror-Koalition) noch die indische Opposition zum Irak-Krieg von 2003 konnten bisher das neue gute Verhältnis ernsthaft gefährden. Dabei gibt es keineswegs nur solche Gemeinsamkeiten der beiden Staaten, die in Europa auf Gegenliebe stoßen, sondern auch solche die Befremden auslösen. So sind sich Washington und Neu-Delhi einig in der Ablehnung des internationalen Strafgerichtshofs und beide wollen die ballistische Raketenabwehr vorantreiben.

73 Die Verärgerung der USA über die indischen Tests ging soweit, dass Washington gemeinsam mit Peking eine Sicherheitsratsentscheidung sponserte, welche die Tests mit harten Worten verurteilte (vgl. Jingdong Yuan 2001).

74 Eine wichtige Rolle in der positiveren Indien-Wahrnehmung der USA spielte auch der wachsende (politische) Einfluss der indisch-stämmigen Community in den USA (vgl. Wagner 2006b: 15, Cohen 2001: 287-292). Natürlich wurde Indien durch die Abkehr vom quasi-sozialistischen Wirtschaftssystem auch als Absatzmarkt und Wirtschaftspartner interessanter. Und schließlich spielte sicher auch der zunehmend als Bedrohung empfundene Aufstieg Chinas eine Rolle, gegen den Indien ein willkommenes Gegengewicht Washingtons werden könnte (vgl. Ganguly 2005, Kaplan 2005, Wirsing 2005).

4.2.3 Atommacht Indien

Am deutlichsten aber zeigt der Bereich der Nuklearpolitik, wie sehr sich die Beziehungen zwischen Indien und den USA gewandelt haben. Bekanntlich hat Indien, kurz darauf gefolgt von Pakistan, 1998 mehrere Atomwaffentests durchgeführt und sich kurz darauf zur Atommacht ernannt.⁷⁵ Der indische Weg zu Atomwaffen begann allerdings schon sehr viel früher.

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit erteilte Premierminister Nehru seinen Wissenschaftlern die Erlaubnis, sowohl die zivilen als auch die militärischen Optionen, die sich aus der Nukleartechnik ergeben, zu erforschen. Nehru selbst war ein entschiedener Gegner von Atomwaffen, aber solange es nicht gelang, weltweit ihr Verbot zu erreichen, sollte Indien zumindest nicht auf die Möglichkeit verzichten, sich selbst, wenn es notwendig sein sollte, diese stärkste aller Waffen zuzulegen. Daher war Indien auch nie bereit (egal unter welcher Regierung) den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, der die Welt in Kernwaffenstaaten und Nicht-Kernwaffenstaaten aufteilte und noch immer aufteilt.⁷⁶ Neben Indien verweigern bis heute nur noch Pakistan und Israel ihre Unterschrift. In dieser Haltung sah sich Indien bestätigt, als sich nicht nur der Rivale China 1964 (also nur kurze Zeit nach dem Krieg mit Indien) atomar bewaffnete, sondern man sich auch noch von den USA atomar bedroht fühlte (siehe 3.2.2).

Indira Gandhi ging dann, wie in vielen Dingen, einen Schritt weiter als ihr Vater und ließ 1974 den ersten indischen Atomtest durchführen. Dieser wurde allerdings euphemistisch zur *friedlichen Kernexplosion*, als ein Test zu nicht-militärischen Zwecken, (v)erklärt. Indira Gandhi war damit zufrieden, ein Zeichen zu setzen und Indiens Fähigkeiten zu demonstrieren, ohne die Schwelle zu Atomwaffen endgültig zu überschreiten. Knapp 15 Jahre später ließ Rajiv Gandhi dann eine Montage ungetesteter Waffen durchführen. Grund hierfür war das Voranschreiten des pakistanischen Nuklearprogramms, das von China kräftig unterstützt wurde.

Wiederum eine knappe Dekade später (nachdem schon in den Jahren zuvor mehrmals ein neuer Test anvisiert, dann aber kurzfristig abgesagt wurde) kam es zu den Tests von 1998 und der offiziellen Indienstellung von indischen Nuklearwaffen.

Vordergründiger Auslöser war der Test einer neuen pakistanischen Mittelstreckenrakete kurz zuvor. Dahinter stand jedoch die Kumulation mehrerer Faktoren, die alleine für sich nicht, aber zusammen für eine Erklärung ausreichen:

1. Indische Bemühungen, von den Nuklearmächten Sicherheitsgarantieren zu erlangen, waren in den letzten 30 Jahren ebenso erfolglos wie indische Abrüstungsinitiativen (vgl. Müller/Rauch 2007: 30-33).
2. Der Atomwaffensperrvertrag wurde 1995 unbefristet verlängert, zusätzlich ist ein umfassender Atomteststoppvertrag (CTBT) ausgehandelt worden (der bis heute allerdings

75 Vgl. zum Folgenden Müller/Rauch 2007, Perkovich 1999, Tellis 2001 und Walker 1996.

76 Diese Praxis wird von Indien zuweilen als „nukleare Apartheid“ kritisiert (vgl. Singh 1998).

noch nicht in Kraft getreten ist). In Indien gab es das Gefühl eines sich schließenden Möglichkeitsfensters: Wenn man nicht schleunigst Fakten schuf, würde es eventuell zu spät sein, und man sei für immer auf den Status einer zweitklassigen Macht festgelegt.⁷⁷

3. Schließlich kam noch hinzu, dass die indische Regierung 1998 von der hindu-nationalistischen BJP geführt wurde. Diese hatte sich seit jeher FÜR den Erwerb von Nuklearwaffen eingesetzt und dies auch in ihrem Wahlprogramm versprochen.⁷⁸

Die Kombination dieser drei Gründe macht die Tests von 1998 erst verständlich. Die internationale Gemeinschaft reagierte empört und verhängte Sanktionen gegen Indien und Pakistan. Darüber waren sich die USA sogar mit China einig (vgl. Jing-dong 2001).

Allerdings führte die allgemeine Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und den USA dazu, dass in Washington ein Umdenken einsetzte. So verhandelt man – seit nunmehr drei Jahren – ein Abkommen mit Indien, das diesem erlauben würde, zumindest wieder am zivilen nuklearen Weltmarkt teilzuhaben, also Uran für seine stromerzeugenden Kernkraftwerke einzukaufen (vgl. hierzu ausführlich Müller/Rauch 2007). Von diesem ist Indien seit der Kernexplosion 1974 ausgeschlossen. Kritiker befürchten, dass hiermit nicht nur die indischen Atomwaffen, quasi durch die Hintertür, legitimiert werden, sondern dass dies auch ein schlechtes Vorbild für den weltweiten Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen bedeuten würde.

Wichtig im Zusammenhang der Fragestellung dieses Reports ist vor allem, dass die USA im sensibelsten der sensiblen Bereiche, dem Problem der Proliferation von Nuklearwaffen, Indien mittlerweile als Teil der Lösung und nicht mehr als Teil des Problems ansehen. Was könnte den Wandel der Beziehungen dieser beiden Länder noch deutlicher machen?⁷⁹

4.2.4 Zwischenfazit Weltpolitik

Im Bereich Weltpolitik sind alle drei in Kapitel 2 entfaltetten Axiome blockfreier Außenpolitik relevant. Besondere Bedeutung kommt hier jedoch Axiom I (Nicht-Einbindenlassen in den Großmächtekonflikt) zu.

Nach der *Blockfreiheit-Ade-These* wäre zu erwarten gewesen, dass vor dem Ende des Kalten Krieges, eine klar erkennbare gleiche Entfernung zu beiden Großmächten eingehalten worden wäre und erst mit der seitdem erkennbaren Annäherung an die USA eine Entfernung von diesem Prinzip stattgefunden hätte. Tatsächlich aber zeigt die obige Untersuchung, dass die indische Außenpolitik von einer Äquidistanz, die diesen Namen

77 Diese Sichtweise vertritt unter anderem Paul (1998), auch Rothermund (2003) neigt ihr zu.

78 Müller (1998: 4f) hebt diesen Punkt besonders hervor und sieht in ihm den wichtigsten Faktor.

79 Sagar (2004) bleibt dennoch skeptisch und stellt größere Interessensidentitäten zwischen Indien und den USA in Frage. Seiner Meinung nach überwiegen nach wie vor die Interessensgegensätze. Daher sollte von dem Gerede einer „natürlichen Allianz“ beider Staaten unbedingt Abstand genommen werden, weil dieses nur die Erwartungen hochtreibe, die dann zwangsläufig enttäuscht werden müssten.

verdient, auch vor dem Ende des Kalten Krieges, deutlich entfernt war. Jawaharlal Nehru mag dieses Ideal noch ehrlich vertreten haben, doch selbst er wich bereits des Öfteren davon ab. Die Bitte um Waffenhilfe im Krieg gegen China (1962) könnte man dabei noch als Notsituation abtun. Die Positionierung im Koreakrieg, die ungleiche Reaktion auf die Aktionen des West- und des Ostblocks im Doppelkrisenjahr 1956 (Suez-Krise und Ungarn-Aufstand) dagegen nicht mehr. Ebenso wenig kann das indische Schweigen angesichts der Niederschlagung des Prager Frühlings (1968) und des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan (1979) als kongruente Anwendung der Prinzipien der Blockfreiheit verstanden werden.⁸⁰ Denn hiermit verstieß Indien nicht nur selbst gegen Axiom I, sondern nahm auch noch die Verletzung der Axiome II und III durch die Sowjetunion kritiklos hin. Der Abschluss des Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion (1971) und die zunehmende Abhängigkeit von sowjetischen Rüstungsexporten unter Indira und Rajiv Gandhi machen diese Devianz noch umso deutlicher.

Natürlich bedeutet, nach diesem Bemessungskriterium, auch die mittlerweile begonnene *strategische Partnerschaft* mit den USA eine gewisse Abweichung von den Prinzipien der Blockfreiheit. Allerdings hat es Indien bisher gut verstanden, sich nicht als Brückenkopf amerikanischer Interessen in (Süd-)Asien gebrauchen zu lassen. Neu-Delhi sieht sich nicht als Teil eines explizit anti-chinesischen oder gar anti-russischen Blocks, ansonsten wäre es auch nicht zu erklären, warum sich Indien am russisch-chinesischen Prestigeprojekt der *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)* zumindest mit Beobachterstatus beteiligt und auch im Rahmen der *BRIC*-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China) kooperative Beziehungen mit diesen Konkurrenten Washingtons führt (vgl. Radyuhin 2008). Gleichzeitig bleibt Indien keineswegs stumm gegenüber fragwürdigen außenpolitischen Aktionen der USA und ihrer Verbündeter. So wurde der Kosovo-Krieg 1999 (vgl. Thakur/Banerjee 2003: 183) vehement kritisiert. Der Irak-Krieg (2003) dagegen wurde von Indien zwar abgelehnt, aber Neu-Delhi vermied es (ähnlich wie 1979) allzu harsche Kritik an den USA zu äußern (vgl. Sinha 2003).

Insgesamt lässt sich somit im Themenblock „Weltpolitik“ zwar keine deutliche Rückläufigkeit der Abweichung von den Prinzipien der Blockfreiheit feststellen, wie in der Regionalpolitik durch den Wechsel von der *Indira-Doktrin* zur *Gujral-Doktrin*. Gleichzeitig kann aber keineswegs eine signifikante Ausweitung dieses Abweichens oder gar ein Paradigmenwechsel beobachtet werden, wie von der *Blockfreiheit-Ade-These* behauptet.

80 Es ließe sich ein Argumentationsstrang aufbauen, in dem die Nicht-Kritik Indiens am Verhalten der Sowjetunion gerade als Akt der *Nichteinmischung* (in die Angelegenheiten Moskaus) gedeutet werden könnte. Allerdings kann gegen eine solche Argumentation angebracht werden, dass damit (a) das Konzept der Nichteinmischung deutlich verwässert wird und – wichtiger für den hier untersuchten Fall – dass damit (b) der Widerspruch nicht aufgelöst wird, der sich aus der Gleichzeitigkeit indischer Kritik (an Aktionen der USA und des Westens) und indischer Nicht-Kritik (an vergleichbaren Aktionen der Sowjetunion) ergibt. Ich danke Katja Freistein, die mich auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat.

5. Fazit – Der konstante Weg nach oben

Aus den untersuchten thematischen Blöcken lässt sich als erstes Fazit ziehen: Seit der Unabhängigkeit hat die indische Außenpolitik mehrere Phasen durchgemacht und sich der manifesten Erscheinung nach durchaus gewandelt.⁸¹

Gründe für diese Wandlungen finden sich auf allen drei Ebenen, auf denen die internationale Politik im Allgemeinen analysiert wird: Auf der Ebene des Individuums, auf der es durchaus einen Unterschied machte, ob der eher idealistische Jawaharlal Nehru oder seine Tochter, die hartgesottene Machtpolitikerin Indira Gandhi, die Fäden in der Hand hielt.⁸² Auf der Ebene der Gesellschaft, wo das Ende der langjährigen Herrschaft der Kongresspartei neue Freiräume außerhalb der eingetretenen Pfade schuf. Und auf der Ebene des internationalen Systems und der Interaktion der Großmächte, wo Indien dem Sog des Kalten Krieges zunächst trotz aller Bemühungen nicht entkommen konnte, und das Ende eben dieses Kalten Krieges die strukturelle Vorbedingung für eine Neubestimmung des Verhältnisses vis-à-vis den USA schaffte.

Hätte man zeigen können, dass dieser Wandel erstmals (oder vor allem) nach dem Ende des Kalten Krieges aufgetreten ist und sich vor allem durch eine sehr viel stärkere Devianz von den Prinzipien der Blockfreiheit auszeichnet, dann könnten sich die in der Einleitung genannten Vertreter der *Blockfreiheit-Ade-These* bestätigt fühlen.

Gleichwohl gibt es gute Gründe, diesen Wandel, auf welcher Ebene er auch stattgefunden hat, nicht überzubewerten und darauf hinzuweisen, dass sich gleichzeitig eine bemerkenswerte Konstanz der *grand strategy* feststellen lässt. Allerdings ist dies insofern eine unerwartete Konstanz, als dass es sich eben **nicht** um eine konstante *Übereinstimmung* der indischen Außenpolitik mit den Prinzipien der Blockfreiheit handelt. Egal ob Nehru, Indira Gandhi, Vajpayee oder der aktuelle Premierminister Singh: Als wichtigstes Ziel wurde stets angesehen, Indien an den Tisch der Großen zu führen, der indischen Stimme

81 Allerdings sollte die vorliegende Untersuchung nicht zu dem Fehlschluss verleiten, die hier identifizierten Phasen als monolithische Blöcke zu betrachten. Ohne Zweifel haben sich – wie im Report gezeigt – mittlerweile kooperative Elemente in den Vordergrund geschoben und die einstmals vorherrschende Dominanzpolitik in den Hintergrund gedrängt. Trotzdem gab es in allen Phasen immer wieder vereinzelte Episoden, die sich nicht so einfach in das hier vorgestellte Schema pressen lassen. So etwa im Frühjahr 2005, als Premierminister Manmohan Singh den geplanten SAARC Gipfel in Dhaka platzen ließ, eine Entscheidung, die von einigen „als ein Rückfall in den imperialen Stil kritisiert“ wurde (Müller 2006: 220). Gleichzeitig gab es selbst unter Indira Gandhi durchaus eine genuine Freundschaft zum neu entstandenen Staat Bangladesch, dessen Führung Indien ehrlich dankbar war für die Unterstützung im pakistanischen Bürgerkrieg, und erst ein Militärputsch, der Bangladeschs zivile Regierung beseitigte, sorgte dafür, dass Indien seine Hegemonie gegen den Willen Dhakas durchsetzen musste (vgl. Wagner 2005c: 6).

82 Mohan (2003) findet sich hier in einer Außenseiterposition wieder, insofern er – im Gegensatz zur großen Mehrheit in der Literatur – Nehru als vernünftigen realistischen Machtpolitiker (mit einigen idealistischen Einsprengseln) beschreibt, dafür aber dessen Tochter Indira als Anhängerin eines rigiden moralischen Idealismus einstuft.

Gehör zu verschaffen, letztendlich: Indien zur Großmacht zu machen.⁸³ Unterschiedliche Kontexte (zu denen strukturelle Bedingungen ebenso gehören wie etwa moralische Überzeugungen der handelnden Politiker) und Lerneffekte führten dazu, dass man auf unterschiedlichen Wegen versuchte zu diesem Ziel zu gelangen.⁸⁴ Das Ziel selbst indes stand nie in Frage. Indien eine regionale Mittelmacht, auf Augenhöhe mit Pakistan, Bangladesch und Vietnam – völlig undenkbar!⁸⁵

Dementsprechend war auch die Blockfreiheit oft nicht viel mehr als ein Mittel zur Erreichung dieses Zwecks, als ein Ziel an sich, allen Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz.⁸⁶ Und dies keineswegs erst seit der pro-amerikanischen Wende zu Beginn dieses Jahrtausends. Schon unter Nehru⁸⁷ und noch sehr viel deutlicher unter Indira Gandhi wurden die Prinzipien der Blockfreienbewegung nur sehr selektiv befolgt, immer nur soweit sie in Einklang mit den indischen Interessen (oder dem was für indische Interessen gehalten wurde) standen. Mohan (2003: 37) wird sehr deutlich wenn er schreibt: „For a country with hardly any real power to exercise in the international system, non-alignment seemed to offer India the best route to promote its diplomatic presence on the world stage.“

Es ist daher durchaus wahrscheinlich, dass Neu-Delhi auch in Zukunft zumindest nominell Teil der Blockfreienbewegung bleiben und die Prinzipien der Blockfreiheit an Feiertagen und Jubiläen hochhalten wird (vgl. Mohan 2003: 46). Diese symbolische Bindung aber als tatsächliche *raison d'être* der indischen Außenpolitik anzusehen, käme einer massiven politischen Fehleinschätzung gleich.

Ebenso falsch wäre es allerdings, das Kind gleichsam mit dem Bade auszuschütten und den Normen und Prinzipien der Blockfreiheit jegliche eigenständige Wirkung abzusprechen. Die Ergebnisse dieses Reports legen lediglich nahe, dass dort wo sie mit (wahrgenommenen) nationalen Interessen kollidieren letztere triumphieren.⁸⁸ Trotzdem bleibt

83 Auch Nayar und Paul (2003: 127 und 135) vertreten die Auffassung, dass sich diese Politiklinie bereits bei Jawaharlal Nehru finden ließ.

84 Gabriele Sinigoj (1998: 33) schlägt daher vor, die indische Politik gegenüber den beiden Supermächten nicht als „Äquidistanz“ sondern als (aus indischer Sicht jeweils) „adäquate Distanz“ zu bezeichnen.

85 In diesem Punkt unterscheidet sich mein Fazit von Wagner (2005c), der ansonsten zu sehr ähnlichen Ergebnissen kommt, den Wandel in Indiens Außenpolitik aber als „attempt to change India's image from a regional bully to a benign hegemon“ begreift, während hier die Kontinuität der Ziele auch bei der Wahl unterschiedlicher Mittel hervorgehoben werden soll.

86 Vgl. auch Sinigojs (1998:31/32) Einschätzung von Nehrus Außenpolitik: „Die [...] Strategie war dahingehend abgestimmt, die Anpassung an signifikante Veränderungen auf internationaler Ebene als Mittel zum Zwecke der Förderung nationaler Interessen und arteigenen indischen Kalkulierens auszurichten. Diese Anpassungsfähigkeit, ja gar Versatilität, ist der Trendrichtung blockfreien Verhaltens insofern arteigen, als es einesteils eher zum Linksdrall, andernteils eher zum Rechtsdrall tendierte.“

87 Brecher (1979: 630) sieht bereits im Herbst 1962 nach dem Krieg mit China, dass „[t]he term [Non-Alignment / Anm. von CR] was retained but it became an empty shell: the dynamic, activist spirit of the Nehru era was irrevocably shattered under the stress of the border war with China“.

88 Eine solche Kollision ergibt sich natürlich keineswegs zwangsläufig. So ist Indien in Kaschmir immer noch Zielland einer UN-Mission (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan, UNMOGIP). Die Furcht vor einer Einmischung von außen ist daher in Indien keineswegs nur akade-

die indische Außenpolitik in nicht unermesslichem Maße ambivalent. Indien kritisierte sowohl den Kosovo-Krieg von 1999 als auch den Irak-Krieg von 2003. Der indische Ministerpräsident besuchte 2006 das Gipfeltreffen der Blockfreien-Bewegung in Havanna, ließ sich dabei in trauter Zweisamkeit mit Irans Präsidenten Ahmadinedschad und Venezuelas Staatschef Chavez ablichten und nannte bei dieser Gelegenheit Fidel Castro einen der größten Staatsmänner unserer Zeit, während er gleichzeitig versuchte zu verhindern, dass die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens allzu anti-amerikanisch ausfiel (vgl. Cheri-an 2006b, 2006c). Die Möglichkeiten eines Demokratieexports (ob gewaltsam oder friedlich) werden von Indien immer noch äußerst kritisch beurteilt, an dieser Stelle wirkt das blockfreie Einmischungsverbot offenbar noch (vgl. Mohan 2007).

Welche Lehren kann man daraus für die Zukunft ziehen? Zum einen sicherlich die, dass die aktuelle Hinwendung zu den USA nicht zwangsläufig von Dauer sein muss. So wie das Bündnis mit den Staaten der Dritten Welt in den 60ern und wie das Quasi-Bündnis mit der Sowjetunion in den 70er und 80er Jahren, so dient auch die Zusammenarbeit mit den USA in erster Linie als Vehikel dafür, den indischen Traum zu erfüllen, endlich zum anerkannten *Global Player* zu werden.⁸⁹ Sollte in Zukunft ein Bündnis mit China mehr Erfolg versprechen, so kann ein erneuter Kurswechsel keineswegs ausgeschlossen werden.⁹⁰

Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass die aktuelle indische Außenpolitik sich als stabiler erweisen könnte als ihre Vorgänger. Denn während früher Überzeugungen in der Wirtschaftspolitik und ideologische Überzeugungen wie Zentrifugalkräfte wirkten und Indien in verschiedene Richtungen zogen, so dass es fast schon erstaunlich ist, dass Neu-Delhi an diesem Druck nicht zerbrach, so hat sich diese Situation heute komplett gedreht.

Als zunehmend freie Marktwirtschaft und als Demokratie wird Indien geradezu an die Seite der USA gedrückt. Endlich scheint wahr zu werden, was einige Auguren schon zu Beginn der 90er Jahre voraussagten: Dass die USA und Indien natürliche Verbündete darstellen.⁹¹ Wenn es gelingt, die ehemaligen Feindbilder zu überwinden und sich gegenseitig als pluralistische Demokratien wahrzunehmen, dann ist – das zeigen die Forschungen zum

misch, sondern sehr real. Neu-Delhis Eigeninteresse und die normative Festlegung durch die Prinzipien der Blockfreiheit gehen also im Fall des Einmischungsverbots bzw. der Hochhaltung der nationalen Souveränität Hand in Hand. Ich danke Andreas Schmidt, der mich auf diesen Punkt aufmerksam gemacht hat.

89 Diesbezüglich gibt Paul (1998: 3) zu bedenken, dass Neu-Delhis Außenpolitik keineswegs ein Sonderweg indischer Prägung sei. Vielmehr repräsentiere „India's conduct [...] the classic behavior of an emerging power that finds the existing powers seeking to block the entry of any new states to their status in the international hierarchy.“

90 Ganguly (2004: 104) hält eine solche Reorientierung der indischen Außenpolitik allerdings für unwahrscheinlich, da die indische Seite (viel stärker als die chinesische) immer noch mit dem Trauma des verlorenen Grenzkrieges von 1962 zu kämpfen habe.

91 Der damalige indische Regierungschef Vajpayee brachte die USA und Indien nur kurze Zeit nach den indischen Atomtests von 1998 als „natural allies“ ins Spiel. Vgl. Vajpayee (2000). Auch John Mearsheimer (2000) gebraucht diese Formulierung.

sogenannten Demokratischen Frieden (vgl. Russett 1993, Rauch 2005, Geis/Müller/Wagner 2007) – der erste Schritt getan; weg von einem jederzeit kündbaren Zweckbündnis und hin zu einer Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen beruht und dementsprechend äußerst stabil ist. Der in Teilen der indischen Gesellschaft immer noch vorhandene Anti-Amerikanismus erscheint vor diesem Hintergrund als atavistisches Relikt aus einem längst vergangenen Zeitalter und ist bereits deutlich im Rückgang begriffen.⁹² Nicht zufällig ist George W. Bush, dessen Popularitätsraten fast überall auf der Erde sehr niedrig sind, ausgerechnet in Indien beliebt.⁹³ Allerdings sollte man nicht den Fehler begehen, an eine Zwangsläufigkeit zu glauben. Die innerindischen Diskussionen um den Atomdeal zeigen, dass die alten Reflexe immer noch vorhanden sind und mobilisiert werden können (vgl. Müller/Rauch 2007: 19/20).

Die Aussichten auf kooperative Beziehungen zwischen Indien und dem Westen sind gut, sehr gut sogar und wahrscheinlich besser als je zuvor in der gemeinsamen Geschichte – aber sie sind nicht determiniert! Beide Seiten sollten weiterhin daran arbeiten, denn es steht viel auf dem Spiel: Im Jahr 2050 wird Indien vermutlich das bevölkerungsreichste Land der Welt sein – vielleicht nicht viel später, auch das mächtigste! Gerade deshalb sollten auch das entfernte Europa und Deutschland die Entwicklung im Blick behalten.⁹⁴

92 So haben laut einer Studie des Pew Global Attitudes Projects (2008: 3) mittlerweile 66% der Inder eine positive Meinung von den USA. In Deutschland sind das nur 31%, in Frankreich 42% und selbst in Großbritannien – Washingtons engstem Verbündeten in Europa – nur 53%.

93 In der 24-Länder-Studie des Pew Global Attitudes Project (2008: 33) ist Indien – neben Tansania und Nigeria – das einzige Land, in dem eine Mehrheit der Befragten Vertrauen in die Politik von George W. Bush äußerte.

94 Schreer/Wagner (2005) und Wagner (2005b) machen darauf aufmerksam, dass die EU im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen im Vergleich zu den USA, die ihre Beziehungen zu Indien deutlich intensivierten, schon enorm an Boden verloren haben.

6. Literatur

Adhikari, Gautam 2004: India and America: Estranged No More, in: *Current History* 103: 672, 158-164.

Ali, Tariq 2006: *Die Nehrus und die Gandhis – Eine indische Dynastie*, München.

Amin, Shahid M. 2000: *Pakistan's Foreign Policy: A Reappraisal*, Karachi.

Astarita, Claudia 2007: *China and India: Rivals or Partners? An Analysis of the Background of the Interactions between Two Major Emerging Asian Powers*, Paper presented at the 6th Pan-European International Relations Conference, Turin, 12-15 September, 2007.

Basu, Indrajit 2006: It's Official: China is India's Security Threat, in: *Asia Times Online*, 18.10.2006, in: www.atimes.com/atimes/South_Asia/HJ18Df01.html (15.7.2008).

Baumann, Gerhard 1982: *Die Blockfreien-Bewegung: Konzept, Analyse, Ausblick*, Melle.

Betz, Joachim 2006: Triumph der Teilhabe, in: *Internationale Politik* 61: 10, 51-57.

Bidwai, Praful 2005a: India's Global Aspirations, in: *Frontline* 22: 14; www.hinduonnet.com/fline/fl2214/stories/20050715002910200.htm (20.6.2008).

Bidwai, Praful 2005b: The 'Ayatollahs' Are Here, in: *Frontline* 22: 23; www.flonnet.com/fl2223/stories/20051118002708900.htm (20.6.2008).

Bidwai, Praful 2006a: A Global Bully as a Friend, in: www.rediff.com/news/2006/mar/06bidwai.htm (25.6.2008).

Bidwai, Praful 2006b: A Divisive Deal, in: *Frontline* 23: 14; www.hinduonnet.com/thehindu/fline/fl2314/stories/20060728001608700.htm (20.6.2008).

Bidwai, Praful 2006c: Sacrificing Sovereignty, in: *Frontline* 23: 03; www.hinduonnet.com/fline/fl2303/stories/20060224004311300.htm (20.6.2008).

Bierling, Stephan 2004: *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik*, München.

Bourantonis, Dimitris 2005: *The History and Politics of UN Security Council Reform*, London/New York.

Brecher, Michael 1979: Non-Alignment under Stress: The West and the India-China Border War, in: *Pacific Affairs* 52: 4, 612-630.

Cherian, John 2004: New Challenges, in: *Frontline* 21: 12; www.hinduonnet.com/fline/fl2112/stories/20040618005612600.htm (20.6.2008).

Cherian, John 2006a: Indian Betrayal, in: *Frontline* 23: 03; www.hinduonnet.com/fline/fl2303/stories/20060224005912800.htm (20.6.2008).

Cherian, John 2006b: Return of NAM, in: *Frontline* 23: 19; <http://hindu.com/fline/fl2319/stories/20061006006100400.htm> (20.6.2008).

Cherian, John 2006: Sideline Summits, in: *Frontline* 23: 19; <http://hindu.com/fline/fl2319/stories/20061006006401000.htm> (20.6.2008).

Cherian, John 2007: NAM and Nimitz, in: *Frontline* 24: 14; www.hinduonnet.com/fline/fl2414/stories/20070727000806200.htm (20.6.2008).

Cohen, Stephen Philip 2001: *India – Emerging Power*, Washington, D.C.

- Das, Gurcharan* 2006: The India Model, in: *Foreign Affairs* 85: 4, 2-16.
- DER SPIEGEL* 1977: „Amerika trieb uns in die Arme der Russen“ – Indiens Ministerpräsident Morarjadeshwar Prasad Desai über den Machtwechsel in Delhi und die Ziele seiner Regierung, in: *DER SPIEGEL* 23/1977, 133-141.
- DER SPIEGEL* 1980: Gerne verzichtet – Premierministerin Indira Gandhi spricht von Blockfreiheit, setzt aber voll auf militärische Unterstützung aus Moskau. Sowjetische Milliardenkredite sollen ihrem Land modernste Panzer und Flugzeuge beschaffen, in: *DER SPIEGEL* 41/1980, 182-184.
- Gandhi, Sajit* 2002: The Tilt: The U.S. and the South Asian Crisis of 1971, in: National Security Archive Electronic Briefing Book No. 79; www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB79/ (20.6.2008).
- Ganguly, Sumit* 1989: The Sino-Indian Border Talks 1981-1989 – A View from New Delhi, in: *Asian Survey* 29: 12, 1123-1135.
- Ganguly, Sumit* 1994: The Origins of War in South Asia – Indo-Pakistan Conflicts Since 1947, Boulder, CO.
- Ganguly, Sumit* 2001: Conflict Unending – India-Pakistan Tensions since 1947, New York, NY.
- Ganguly, Sumit* 2004: India and China: Border Issues, Domestic Integration, and International Security, in: Frankel, Francine R./Harding, Harry (Hrsg.): The India-China Relationship – What the United States Needs to Know, New York, NY, 103-133.
- Ganguly, Sumit* 2005: America and India at a Turning Point, in: *Current History* 480, 120-124.
- Ganguly, Sumit* 2008: Der indisch-pakistanische Konflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22/2008, 32-38.
- Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang* (Hrsg.) 2007, Schattenseiten des Demokratischen Friedens – Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt a.M.
- Gujral, Inder Kumar* 1998: A Foreign Policy for India, Neu-Delhi.
- Hellmann, Gunther* 1996: Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in: *Mershon International Studies Review* 40: 1, 1-39.
- Hossain, Ishtiaq* 1981: Bangladesh-India Relations: Issues and Problems, in: *Asian Survey* 21: 11, 1115-1128.
- Huntington, William* 2006: Indo-Pakistani Talks Advance, in: *Arms Control Today* 36: 5; www.armscontrol.org/act/2006_06/IndoPak.asp (20.6.2008).
- Ihlau, Olaf* 2006: Auf dem Weg zu Asiens Vormacht, in: *Internationale Politik* 61: 10, 26-33.
- Jing-dong Yuan* 2001: India's Rise After Pokhran II – Chinese Analyses and Assessments, in: *Asian Survey* 41: 6, 978-1001.
- Jing-dong Yuan* 2007: The Dragon and the Elephant: Chinese-Indian Relations in the 21st Century, in: *The Washington Quarterly* 30: 3, 131-144.
- Kaplan, Robert D.* 2005: How We Would Fight China, in: *The Atlantic Monthly* 295: 5, 49-64.

- Kindermann, Gottfried-Karl* 2001: Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840 – 2000, Stuttgart [u.a.].
- Koshy, Ninan* 2006: Under the Empire: India's New Foreign Policy, Neu-Delhi.
- Kux, Dennis* 1993: India and the United States: Estranged Democracies, Washington, D.C.
- Mann, Michael* 2007: Die Teilung Britisch-Indiens 1947 – Blutiger Weg in die Unabhängigkeit, in: www.bpb.de/themen/4OJUFG,0,Die_Teilung_BritischIndiens_1947.html (20.6.2008).
- Mearsheimer, John J.* 2000: India Needs the Bomb, in: New York Times, 24.3.2000.
- Mitra, Subrata Kumar* 2002: Emerging Major Powers and the International System: Significance of the Indian View, in: Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics Working Paper No. 9.
- Mohan, Raja C.* 2003: Crossing the Rubicon – The Shaping of India's New Foreign Policy, London et al.
- Mohan, Raja C.* 2006: India and the Balance of Power, in: Foreign Affairs 85: 4, 17-32.
- Mohan, Raja C.* 2007: Balancing Interests and Values: India's Struggle with Democracy Promotion, in: The Washington Quarterly 30: 3, 99-115.
- Müller, Harald* 1998: Weltpolitische Wasserscheide – Atomtests in Südasien und die Folgen, in: HSFK-Standpunkte, Nr. 3, Frankfurt a.M.
- Müller, Harald* 2006: Weltmacht Indien – Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert, Frankfurt a.M.
- Müller, Harald/Rauch, Carsten* 2007: Der Atomdeal – Die indisch-amerikanische Nuklearkooperation und ihre Auswirkung auf das globale Nichtverbreitungsregime, HSFK-Report, Nr. 6, Frankfurt a.M.
- Müller, Harald/Rauch, Carsten* 2008: Indiens Weg zur Wirtschaftsmacht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 22/2008, 7-13.
- Nehru, Jawaharlal* 1949: Independence and After: A Collection of Speeches, 1946-1949, New York, NY.
- Nehru, Jawaharlal* 1982: Nehru Interview with the Press, 28 October 1945, in: Selected Works of Jawaharlal Nehru 14, 457-458.
- Nye, Joseph S.* 2003: Understanding International Conflicts, New York [u.a.].
- Paul, T. V.* 1998: The Systemic Bases of India's Challenge to the Global Nuclear Order, in: Nonproliferation Review 6: 1, 1-11.
- Perkovich, George* 1999: India's Nuclear Bomb, Berkeley, CA.
- Pew Global Attitudes Projects* 2008: Some Positive Signs for U.S. Image: Global Economic Gloom – China and India Notable Exceptions, in: <http://pewglobal.org/reports/pdf/260.pdf> (15.6.2008).
- Pörtner, Marie-Luise* 1997: Die Blockfreien-Bewegung seit 1989, Wiesbaden.
- Press Trust of India* 2007: India reaffirms commitment to NAM, in: www.ndtv.com/convergence/ndtv/story.aspx?id=NEWEN20070027665 (20.5.2008).
- Radyuhin, Vladimir* 2008: For a New Order, in: Frontline 25: 12; www.hinduonnet.com/fline/fl2512/stories/20080620251205200.htm (20.6.2008).

Rothermund, Dietmar 2002: Krisenherd Kaschmir – Der Konflikt der Atommächte Indien und Pakistan, München.

Rothermund, Dietmar 2003: Atommacht Indien, Wien.

Rauch, Carsten 2005: Die Theorie des demokratischen Friedens, Frankfurt am Main [u.a.].

Rudolf, Peter 1999: New Grand Strategy? Zur Entwicklung des außenpolitischen Diskurses in den USA, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden, 72-95.

Russett, Bruce 1993: Grasping the Democratic Peace – Principles for a Post-Cold War World, Princeton, NJ.

Sagar, Rahul 2004: What's in a Name? India and America in the Twenty-First Century, in: *Survival* 46: 3, 115-136.

Schreer, Benjamin und Christian Wagner 2005: Amerikanisch-indische Sicherheitsbeziehungen – Aufbruch zu einer neuen „Ära“? in: SWP-Aktuell 33/05; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1340 (20.6.2008).

Singh, Jaswant 1998: Against Nuclear Apartheid, in: *Foreign Affairs* 77: 5, 41-52.

Sinha, Shri Yashwant 2003: Interview of Indian Foreign Minister, Shri Yashwant Sinha For BBC's 'ASIA TODAY', in: <http://meaindia.nic.in/interview/2003/03/28i01.htm> (20.6.2008).

Sinigoj, Gabriele 1998: Indien und Blockfreiheit als außenpolitische Strategie, New York, NY.

Sisson, Richard und Leo E. Rose 1990: War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh, Berkeley, CA.

Subrahmanyam, K 2005: Partnership in a Balance of Power System, in: *Strategic Analysis* 29: 4, 549-560.

Thakur, Ramesh 1992: India After Nonalignment, in: *Foreign Affairs* 71: 2, 165-182.

Thakur, Ramesh/Banerjee, Dipankar 2003: India: democratic, poor, internationalist, in: Ku, Charlotte/Jacobson, Harold K. (Hrsg.): Democratic Accountability and the Use of Force in International Law, Cambridge, 176-204.

Thakur, Ramesh 2006: Der Elefant ist aufgewacht, in: *Internationale Politik* 61: 10, 6-13.

Tharoor, Shashi 2005: Eine kleine Geschichte Indiens, Frankfurt am Main.

Tellis, Ashley J. 2001: India's Emerging Nuclear Posture, Santa Monica, CA.

Vajpayee, Shri Atal Bihari 2000: Address by Shri Atal Bihari Vajpayee, Prime Minister of India at the Asia Society, September 7, 2000, New York, in: www.indianembassy.org/special/cabinet/Primeminister/pm_september_07_2000.htm (20.6.2008).

Wagner, Christian 2001: Globalisierung und außenpolitischer Wandel in der Indischen Union, Berlin, in: www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=231 (20.6.2008).

Wagner, Christian 2004: Jenseits von Kaschmir – Chancen einer Annäherung zwischen Indien und Pakistan, in: SWP-Aktuell 46/4; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1044&PHPSESSID=97587f6cde5459d7196048d12a8a1b96 (20.6.2008).

Wagner, Christian 2005a: Indien in der deutschen Außenpolitik – Stand und Ausblick, Berlin, in: www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1347 (20.6.2008).

Wagner, Christian 2005b: Eine „roadmap“ für Kaschmir? in: SWP-Aktuell 18/5; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1259&PHPSESSID=97587f6cde5459d7196048d12a8a1b96 (20.6.2008).

Wagner, Christian 2005c: From Hard Power to Soft Power? Ideas, Interaction, Institutions, and Images in India's South Asia Policy, in: Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics, Working Paper No. 26; <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/volltexte/2005/5436/pdf/hpsacp26.pdf> (20.6.2008).

Wagner, Christian 2005d: Die „verhinderte“ Großmacht? – Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947-1998, Baden-Baden.

Wagner, Christian 2006a: Das politische System Indiens – Eine Einführung, Wiesbaden.

Wagner, Christian 2006b: Globales Schwergewicht, in: Internationale Politik 61: 10, 14-19.

Wagner, Christian 2007: Demokratie mit sozialer Achillesferse: Indien nach 60 Jahren Unabhängigkeit, GIGA Focus 9/2007, Hamburg.

Walker, William 1996: India's Nuclear Labyrinth, in: Nonproliferation Review 4: 1, 61-77.

Waltz, Kenneth N. 1954: Man, the State and War – a Theoretical Analysis, New York, NY.

Wheeler, Nicolas J. 2000: Saving Strangers. Humanitarian Intervention in International Society, Oxford, MA.

Wirsing, Robert 2005: Great Power Foreign Policies in South Asia, in: Hagerty, Devin T. (Hrsg.), South Asia in World Politics, Lanham, 135-160.